

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung.

Verlag und Redaktion: Nikolastraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

113 Morgen-Ausgabe.

Dienstag, 3. März 1914.

68. Jahrgang.

Er scheint 13mal wöchentlich.
Bezugspreis:
Abnehmer monatl. 70 A, vierteljährl. 2.10 A
Durch Träger und Agenturen:
Monatl. 80 A, vierteljährl. 2.40 A
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatl. 1 A,
vierteljährl. 3 A (ohne Befreiungsbefreiung).
Im Ausland:
Unter Kreuzband 15 A vierteljährl.

Anzeigenpreise:
Die Anzeigenzeile in Wiesbaden 20 A,
Deutschland 20 A, Ausland 40 A,
Die Reklamenzeile 1.50 A.
Anzeigen-Kannakosten:
Für Abendausgabe bis 1 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Kannakosten:
Inserate und Abonnement: Nr. 128,
Redaktion: Nr. 128; Verlag: Nr. 512.

Sageschau.

Deutschland hat in Washington wegen der Einwanderungsvorlage Protest erhoben.

Unter dem Vorsitz des Königs wurde gestern in München in der Residenz ein Staatsrat abgehalten, bei dem die feierliche Einführung des Kronprinzen in den Staatsrat stattfand.

18000 griechische Freischärler befinden sich auf dem Vormarsch, um den ganzen albanischen Epirus einzukreisen.

Kritische Lage in Hessen.

Aus Darmstadt wird uns geschrieben:

Die beiden hessischen Kammern sind auseinandergelassen, ohne daß eine Einigung über die schwebende Frage der Beamten- und Lehrerbefolgung erreicht wurde. Am heutigen Dienstag indessen wird der Landtag wieder zusammentreten, um zu den Beschlüssen der Ersten Kammer Stellung zu nehmen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß er alsdann den beiden anderen gesetzgebenden Faktoren, Regierung und Erster Kammer, etwas mehr Gehör schenken wird, als er es bisher getan hat; denn die parlamentarische Situation im Großherzogtum ist gegenwärtig auf einem kritischen Punkte erster Ordnung angelangt.

Zum allgemeinen Verständnis muß über die Vorgeschichte der Krise folgendes gesagt werden. Seit etwa vier Jahren ist die Beamten- und Lehrerbefolgung in der Schwebelage. Die übertriebenen Forderungen der Lehrer, die im Landtage willige Befürworter fanden, haben die Regierungsvorlagen meist zu Fall gebracht. Gegen Ende des Vorjahres ist die Regierung wiederum mit einer neuen Befolgungsordnung an die Landstände herantreten. Diese wurde von beiden Kammern en bloc angenommen; die Zweite Kammer hielt jedoch lediglich die Gehaltsfrage der Lehrer für zu gering und ging über die Regierungsvorlage hinaus, indem sie das Endgehalt von 3400 auf 3800 Mark erhöhte. Das konnte die Regierung nicht annehmen; denn alsdann würden sich die hessischen Lehrer im Gesamtehalte weit besser stellen als die preussischen, sie würden ferner um 95 Prozent ihrer bisherigen Bezüge angehebert werden, während der Landtag den übrigen Beamten eine Aufbesserung von nur ca. 25 Prozent zubilligte. Da jedoch die Zweite Kammer hartnäckig auf ihren Forderungen beharrte, ließen sich sowohl Regierung wie Erste Kammer herbei, das Endgehalt der Lehrer ihrerseits von 3400 auf 3600 Mark zu erhöhen; es hätte nun nahegelegen, daß der Landtag den gleichen Schritt des Entgegenkommens getan hätte, indem er seine Forderungen von 3800 auf 3600 Mark herabschraubte. Dann wäre alles zu einem friedlichen Ziele gelangt, und die hessischen Beamten hätten die so lang ersehnte Aufbesserung endlich erhalten. Statt dessen bleibt die Zweite Kammer nach wie vor auf ihren Beschlüssen beharren, während das Oberhaus erklärt, daß es in der Frage der Gehaltsbezüge der Lehrer das letzte Wort gesprochen habe. Unter diesen wenig günstigen Auspizien hat es sich verortet und dem Landtag Gelegenheit gelassen, über seine Beschlüsse nachzudenken.

Dieser wird nun am heutigen Dienstag vor die Frage gestellt sein, entweder nachzugeben oder es auf eine Wadeprobe ankommen zu lassen. Ein Umfall des Landtags haben sozialistische Blätter schon vor einiger Zeit vorausgesagt; er dürfte jedoch im vorliegenden Falle nicht gesehen werden können. Denn wenn zwei der geschwebenden Faktoren auf hohem Wege entgegenkommen, so ist es recht und billig, daß der dritte Faktor den gleichen Schritt unternimmt. Sollte jedoch der Landtag auf seinen Beschlüssen beharren, so kann ein Ausweg nur in der Demission des Kabinetts oder in der Auflösung des Landtags erblickt werden. Das erstere ist unwahrscheinlich, weil das Kabinett mit seiner Ansicht nicht allein dasteht, sondern das Oberhaus hinter sich hat. Der zweite Weg würde sich weite hessische Kreise der Regierung zuführen, da die vor populär ganz allgemein die Forderungen der Lehrer verurteilt und die Haltung der Zweiten Kammer nicht versteht. Daraus kommt, daß die scharfe Stellungnahme des katholischen Lehrervereins gegen den Demokratien Benda, der in der Ersten Kammer sich der allgemeinen Meinung gegen höhere Bezüge der Lehrer angeschlossen und deshalb aus dem Lehrerverein ausgeschieden wurde, der Sache viel mehr geschadet, als genützt hat. Ein Beweis hierfür ist, daß der evangelische Prälat Dr. Möhring, der einzige, der im Oberhaus zugunsten der Lehrer gesprochen hat, sich in der letzten Sitzung des Hauses mit dem gemäßigtesten Demokratien und den übrigen Mitgliedern der Ersten Kammer solidarisches erklärte.

All diese Momente werden hoffentlich die Zweite Kammer davon abhalten, auf ihren Beschlüssen zu beharren und das Land in eine Krise hineinzutreiben. Wenn jetzt die Befolgungsvorlage nicht erledigt wird, so dürfte es noch ein bis zwei Jahre dauern, ehe sie wiederum die Kammern beschäftigt; denn im Herbst ist die Landtagssession zu Ende, und es ist natürlich, daß der neugewählte Landtag sich nicht logisch in eine solche schwierige Materie einarbeiten kann. Die Verbitterung der übrigen Beamten, die durch ihre vielen in Hessen wohnenden Kollegen, die nach Reichs- oder preussischen Sätzen bezahlt werden (Post- und Militärbeamte, Beamte der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft u. a.), jederzeit zu Vergleichen herausgefordert werden, wächst mit jedem Tag; es ist ihnen auch gar nicht zu verdenken, wenn sie unwillig darüber sind, daß der Landtag seinen auten Wahlhelfern, die er in den 4000 hessischen Lehrern hat, soviel mehr bewilligen will, ohne für sie etwas übrig zu haben.

Bei dieser Gelegenheit hat sich die „Frankf. Zig.“, die in ihrer gewohnten Weise gegen die Regierung Sturm lief,

eine Abfuhr geholt. Aus der häufigen Anwesenheit des preussischen Gesandten bei den Verhandlungen in den Kammern schloß sie auf ein tiefgehendes Interesse, das sie sofort in die Behauptung formuliert, die preussische Regierung habe auf das hessische Ministerium eingewirkt, um zu verhindern, daß wieder ein Bundesstaat über ein in Preußen gewünschtes Maß der Lehrerbefolgung hinausgehe. Der Staatsminister Dr. von Ewald dementierte dies in der Zweiten Kammer kategorisch, und indem er auf die Anwesenheit des russischen Ministerpräsidenten v. d. Blot auf der Tribüne des Hauses hinwies, meinte er, daß nun die „Frankf. Zeitung“ nicht auch noch auf die Beeinflussung durch die russische Regierung schließen möge.

Zur Verwaltungsreform.

In den „Nationalliberalen Blättern“ finden wir eine kritische Besprechung der dem Landtag vorliegenden Novelle zum Landesverwaltungsgefes aus der sachkundigen Feder des Regierungsrates Dr. jur. Bartels in Duppeln. Der Verfasser bezieht im einzelnen die neuen Vorschläge des Entwurfs, so die Vereinfachung des Geschäftsganges, des Rechtsmittelffahrens und der Instanzenzüge, sowie vor allem die Vereinfachung des Behördenaufbaues. Seine Darlegungen sind nicht allein für den Sachmann, sondern auch für die weitere Öffentlichkeit, besonders für Gewerbe und Handel, denen ja die Verwaltungsreform hauptsächlich zugute kommen soll, von großem Interesse. Dr. Bartels faßt seine Ausführungen dahin zusammen:

„Zu verstehen ist es, wenn der Entwurf davon abgesehen hat, eine der bestehenden Behörden zu beseitigen. In Betracht kämen nur die Oberpräsidien oder die Regierungen. Gegen beides sind gewichtige Bedenken geltend zu machen. Für die Beseitigung der Oberpräsidien spricht neben ihrer Aufgabe der provinziellen Selbstverwaltung gegenüber auch die Rücksicht auf die Stellung der Zivilbehörden gegenüber dem Militär. Eine Abschaffung der Regierungen ließe sich nur erreichen durch Uebertragung eines Teils ihrer Geschäfte auf die Landräte und auf die Oberpräsidien. Letzteres wäre keine Dezentralisation, die der Landtag als Aufgabe gestellt hat, gegen ersteres ist neben politischen Bedenken auch darauf hinzuweisen, daß die untere Verwaltungsbehörde nicht zu groß werden darf, wenn ein einzelner Beamter die Geschäfte noch selbst übersehen können soll. Aber wohl wäre es möglich und erwünscht, die Oberpräsidien noch mehr von der Mitwirkung in den Angelegenheiten der inneren Verwaltung im engeren Sinne auszuschalten und ihnen dafür die Geschäfte der Domänen- und Forstverwaltung zu überlegen. Sachliche Bedenken können hiergegen kaum angeführt werden. Die gesamte direkte Verwaltung wäre — vielleicht in Personalunion mit den Oberstaatsdirektionen — einer besonderen Provinzialbehörde mit eigenen Unterorganen (hauptamtlichen Veranlagungskommissionen) zu übertragen. Dies wäre ein erreichbares und erwünschtes Ziel, das an der historisch gewordenen Behördeneinrichtung nur wenig rüttelte.“

Gut sind die Vorschläge zur Vereinfachung des Verfahrens vor den Verwaltungsgerichten; der Verfasser, welcher durch viele Jahre in verschiedenen Bezirksausgüssen tätig gewesen ist und noch ist, glaubt sich ein Urteil hierüber erlauben zu dürfen. Auch die Schaffung der Kammer für Abgabensachen unter Beschränkung der Revision ist eine allfällige Lösung. Die Uebertragung eines Teils der Entscheidungen in Gemeindeabgabensachen an die ordentlichen Gerichte wäre vom geschichtlichen Standpunkt aus ein Rückschritt und mühte zur Verplitterung dieses wichtigen Rechtsgebietes führen.

Die vorgeschlagene Neuordnung der Rechtsmittel gegen polizeiliche Verfügungen unter Ausschaltung der Kreis- und Bezirksausgüsse würde eine Mehrbelastung des OVG. herbeiführen und den Einfluß der reinen Verwaltungsbehörden härten, dies ist vom politischen Standpunkt aus unerwünscht.

Die grundsätzliche Abschaffung des Kollegialsystems für die innere Erledigung der Geschäfte der Verwaltungsbehörden ist aus veraltungstechnischen und politischen Erwägungen zu bekämpfen. Im Gegenteil verdient dieses System den Vorzug vor dem fremdbartigen Präfektensystem. Für die schnelle Erledigung der laufenden Sachen unter Teilung der Arbeiten unter die ordentlichen Dezernenten, Direktoren und Präsidenten hat unter Aufrechterhaltung des Grundgedahes der kollegialen Beschlußfassung in allen Fällen einer Meinungsverschiedenheit eine praktische Geschäftsordnung Sorge zu tragen, die für alle Abteilungen der Regierungen einschließlch der Präsidialabteilung und ebenso für die Oberpräsidenten Anwendung zu finden hat. Vor allem hat diese Geschäftsordnung anzuschreiben, daß in allen Abteilungen wenigstens einmal wöchentlich Sitzungen stattfinden, die aus Bequemlichkeit vielfach unterbleiben. In diesen Sitzungen sind diejenigen Sachen vorzutragen, welche zu Meinungsverschiedenheiten geführt haben, sowie diejenigen von allgemeiner Bedeutung. Auch im Interesse des Zusammenhanges unter den verschiedenen Dezernenten sind diese regelmäßigen Vorträge unerheblich, sonst verlieren die einzelnen Bearbeiter, wie jetzt häufig zu beobachten ist, die Fühlung untereinander; nur so erhalten auch die einzelnen Dezernenten bei größeren Regierungen einen Ueberblick über die gesamten wichtigsten Geschäfte. Außerdem ist der Vortrag ein wichtiges Ausbildungsmittel für die jüngeren Affizien und die Referendare.“

Bemerkenswert ist weiter die Schlußbemerkung: „Man erwarte nicht zu viel von einer Verwaltungsreform, die sie sich nur auf eine Änderung des Verfahrens und der Behörden beschränkt, selbst wenn sie über die agalsten Vorschläge des Entwurfs hinausginge. Die Verwaltungsreform steht in innigem Zusammenhange mit der Reform des preussischen Wahlrechts. Erst letztere

kann die wahre Grundlage abgeben für erstere. Die auf der historischen Entwicklung in Preußen beruhende Vorkerrschaft des Adels und der konservativen Partei in den politisch einflussreichen Stellen — man nenne auch nur einen liberalen Regierungspräsidenten oder Landrat — ist längst durch die Bedeutung, welche Industrie und Handel im Staat beanspruchen dürfen, überholt. Diesen Kreisen muß im Parlament und in der Verwaltung ein ganz anderer, ihren Leistungen entsprechender Einfluß eingeräumt werden. Den aus bürgerlichen Familien stammenden Verwaltungsbeamten wäre oft ein härteres Maß zu wünschen; zur Entschuldigung möge das System dienen, nach dem sie gegenwärtig auf Karriere, die fast stets mit dem Landrat beginnt, nur Aussicht haben, wenn sie liberaler Gesinnung unverdächtig sind. Den nicht allzu zahlreichen Verwaltungsbeamten an den nicht leitenden Stellen — denn nur an solche gelangen sie, die nicht konservativ gesinnt sind — würde aber jeder Einfluß zur Bekämpfung des herrschenden Systems genommen werden, wenn man das Kollegialsystem bei den Verwaltungsbehörden beseitigt; sie würden politisch mundtot gemacht werden.“

Der Kampf um die französische Einkommensteuer.

(Von unserem Korrespondenten.)

Paris, 28. Februar.

„Einen Pyrrhus-Sieg“ nennt der „Radical“ die Abstimmung des Senats, worin dieser sich mit 140 gegen 134 Stimmen gegen die, auf der Einführung einer Einkommen- und Vermögenssteuer beruhende Finanzreform der Regierung aussprach. Der Senat scheint in der Tat noch ein letztes Mal alle Kräfte aufgebracht zu haben, um mit der verschwindenden Mehrheit von sechs Stimmen das von der Kammer bereits angenommene Steuerprojekt zu verwerfen. Schon bei der nächsten Gelegenheit kann sich die Mehrheit in eine Minderheit verwandeln, zumal sich sieben Senatoren der Abstimmung enthielten — also bereits halbe Anhänger der Steuerreform sind — und unter den heutigen Gegnern der Vorschläge des Finanzministers Caillaux manche sind, die Angst vor einem dauernden Konflikt zwischen Senat und Kammer haben.

Der Streit um die Einkommensteuer ist fast zwanzig Jahre alt. Das „große Ministerium“ Leon Bourgeois brachte bereits 1896 eine entsprechende Vorlage bei der Kammer ein, die sich auch mit großer Mehrheit dafür aussprach. Doch der Senat lehnte sie wenige Wochen darauf mit einer ebenso großen Mehrheit ab. Leon Bourgeois glaubte sich damals über den Beschluß des Senats hinwegsetzen zu können und blieb trotz dessen ablehnender Haltung Leiter der französischen Regierung. Aber der Senat verweigerte ihm die für Indochina erforderlichen Kredite, sodas Leon Bourgeois am 23. April 1896 doch mit seinem Ministerium zurücktreten mußte. Seither hat sich die Kammer wiederholt für eine Einkommensteuer ausgesprochen, die der Senat ebenso oft wieder ablehnte. Besonders die radikal-sozialistische Partei hat in den letzten Jahren bei der Bekämpfung der die unteren Klassen schwer treffenden indirekten Steuern immer wieder auf die Einkommen- und Vermögenssteuer zurückgegriffen und beide zu einer Forderung ihres Mindestprogramms von Pau gemacht. „Dedung aller Militärausgaben durch Steuern auf die starken Schultern des Volkes“ ist ihre Forderung. Und als sie nach dem Sturz des Ministeriums Barthou den Stamm des neuen Kabinetts zu stellen hatte, war es selbstverständlich, daß der neue Finanzminister Caillaux — der Führer der Partei und zugleich Frankreichs fähigster Finanztechniker — eine auf diesen Steuern beruhende Finanzreform vorschlug. Die Kammer nahm sie an. Der Senat hat einen Monat hindurch darüber beraten, um sie jetzt mit geringer Mehrheit zu verwerfen.

Da man sich darüber einig war, daß eine vollständige Durchberatung der Reform vor den Kammerwahlen nicht mehr möglich sei, so hatte der Senator Perhot folgenden Beschluß zur Annahme empfohlen: „Zum Ertrag der indirekten Abgaben werden direkte Steuern auf die Einkommen aller Arten und außerdem eine Ertragssteuer auf das Einkommen der Familienväter eingeführt.“ Hiermit hätte sich der Senat im Prinzip für die Einkommensteuer ausgesprochen, wenn er auch noch Gelegenheit hatte, den Entwurf der Kammer in einzelnen Punkten abzuändern. Dieser sieht nämlich Selbsterschätzung unter Staatskontrolle vor. In dieser Hinsicht erblickt die Mehrheit des Senats aber einen Eingriff in die, durch die „Erklärungen der Menschenrechte“ garantierte Unantastbarkeit des Privateigentums. Da Caillaux bereits die Einkommen von jährlich 3000 Francs besteuern will, würden tatsächlich Millionen von Franzosen ihre bisher geheim gehaltenen Einkommen- und Vermögensverhältnisse der Steuerbehörde gegenüber aufdecken müssen. Die Anhänger der Finanzreform verweisen jedoch mit Recht darauf, daß in Deutschland, England und andern Kulturstaaten ähnliche Steuern schon seit Jahren bestehen, ohne daß die Rechte des Staatsbürgers durch die Steuerdeklaration beeinträchtigt werden.

Die Gegner des Ministeriums Doumergue haben über dessen Niederlage. Da Doumergue jedoch davon abgesehen hat, anstehend an die Abstimmung die Vertrauensfrage zu stellen, ist der Fortbestand der radikalen Regierung vorläufig nicht in Frage gestellt. Das einzige Ergebnis der Abstimmung wird eine weitere Verschärfung des Wahlkampfes sein, denn die Linke zieht jetzt mit dem vollstimmlichen Ruf „Für Einkommen- und Vermögenssteuer!“ zur Wahl. Aufgabe unserer Freunde in der Kammer — so meint der „Radical“ — ist es jetzt, ihr unbedingtes Eintreten für die Finanzreform deutlich zu zeigen und angesichts der sechs Stimmen, die den Antrag Perhot zum Scheitern brachten, die große Mehrheit in die Wagschale zu legen, die sich im Palais Bourbon für die Einkommensteuer ausgesprochen hat. Wenn der Senat dann

nicht sein eigenes Ansehen, das er bisher in der Republik genossen hat, verlieren will, kann er der Demokratie nicht die Genußnahme verweigern, die sie von ihm fordert. Denn über ihn hinaus gibt es in der Republik das Volk, das stets das letzte Wort hat. Bei den kommenden Wahlen wird es seinen Willen mit solcher Gewalt kundgeben, daß die lächerlichen Vorurteile und selbsthätigen Gründe seiner Gegner wie Scherben zerbrechen.

Kurze politische Nachrichten.

Eine Nordmarken-Interpellation im Herrenhause.

Die Mitglieder des Herrenhauses, Graf zu Hohenhausen und Dr. Reuber, haben folgende Interpellation gestellt: Im Eingange des zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Optantenvertrags vom 11. Jan. 1907 haben die Regierungen beider Länder sich anheischig gemacht, im Rahmen der Gesetze ihres Landes in jeder Weise auf die Befestigung der durch den Nationalitätenkampf in die Bevölkerung Nordschleswigs hineingetragenen Beunruhigung hinzuwirken. Gleichwohl ist dieser Kampf seitdem gerade von Dänemark heftig geführt worden, so daß die von der Preussischen Staatsregierung dagegen im Inlande ergriffenen Maßnahmen zum größeren Teile wirkungslos geblieben sind. Die königliche Staatsregierung wird um Auskunft ersucht, was ihrerseits geschehen ist, um die dänische Regierung zu Maßnahmen zu veranlassen, welche eine Einschränkung der ihre Spitze gegen das Deutschthum in Nordschleswig sich richtenden Agitation, insbesondere der sogenannten südjütischen Bewegung in Dänemark und der führenden Teilnahme offizieller Persönlichkeiten, von Offizieren und Beamten an der Agitation herbeizuführen geeignet sind.

Die Nationalliberalen und das neue Berliner Opernhaus.

Die vorläufige Nichtbewilligung des Neubaus des königlichen Opernhauses in Berlin beantragt, wie die „Tägl. Rundschau“ hört, die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses. Sie stellt zum Vorentscheid den Antrag, die als erste Rate angeforderten 500 000 M. für den Opernhausneubau abzusehen und die Staatsregierung zu ersuchen, in beschleunigter Weise den vorgelegten Bauplan der königlichen Akademie des Bauwesens zur Abgabe eines Urteils zu unterbreiten und im Falle eines Platzes der Akademie im Wege des Nachtrags eine erste Rate für den Neubau von neuem anzufordern. — In der Budgetkommission sowohl als im Plenum ist die Frage des Opernhausneubaus bisher noch zurückgestellt worden.

Deutschland und die Einwanderungsblü.

Deutschland protestiert, wie man aus New-York meldet, gegen die Bestimmung in der Einwanderungsvorlage, laut welcher amerikanische Inspektoren auf den ausländischen Schiffen die Einwanderer überwachen sollen.

Neue französische Verdächtigungen gegen Deutschland.

Der Konstantinopeler Korrespondent des „Matin“ macht in einem Telegramm die französische Regierung nachdrücklich auf angeblich neue bevorstehende Wuchergeschäfte Deutschlands in Konstantinopel aufmerksam, um sie zu veranlassen, rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Danach soll der deutsche Botschafter Herr v. Wangenheim mit einem von langer Hand ausgearbeiteten Programm aus Berlin nach dem Goldenen Horn zurückgekehrt sein, dem Frankreich die allerhöchste Beachtung schenken müsse. Deutschland trage sich ferner mit der Absicht, auf eigene Faust in den durch die Inselfrage hervorgerufenen Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland mit Hilfe Rumaniens vermittelnd einzugreifen und einen modus vivendi, der beiden Teilen gerecht werde, zu finden. — Die Verantwortung für diese Meldung muß dem Blatte überlassen bleiben.

Der Nachfolger Said Paschas.

Wie in Konstantinopel verlautet, soll der Großwesir als Nachfolger des verstorbenen Said Pascha Vorkandidat des Senats werden. In diesem Falle wird Dali Bey das Großwesirat übernehmen.

Räumung der Insel Chimara durch Griechenland.

Aus Athen meldet man: Der Kommandant von Chimara erhielt den Befehl, die Stadt zu verlassen und sie den albanischen Gendarmen zu übergeben.

Anerkennung der Revolutionäre in Haiti.

Aus New-York wird gemeldet: Präsident Wilson hat seine anfängliche Absicht, nur rechtmäßig zu Stande gekommene Regierungen in den amerikanischen Republiken anzuerkennen, augenscheinlich vollständig aufgegeben, da die Regierung der Vereinigten Staaten soeben den durch

die letzte Revolution aus Kuder gekommenen Präsidenten Zamor von Haiti anerkannt hat.

Deutschthum im Auslande.

Das erste deutsche Krankenhaus in Brasilien wird demnächst errichtet werden. In einem Lande, das über 500 000 Deutsche zählt, ist ein solches ein dringendes Bedürfnis. Der Frauenhilfe fürs Ausland, G. S., die ihren Sitz in Wittenberg, Bez. Halle, hat, gebührt das Verdienst, die Anregung dazu gegeben und die Verwirklichung ermöglicht zu haben. In Porto-Alegre in der Provinz Rio Grande do Sul hat sie zu diesem Zweck ein Grundstück erworben, und dem Eifer und Geschick ihres ständigen Vertreters in Brasilien, Herrn Probst Lic. Braunschweig daselbst ist es gelungen, die Deutschen in Porto-Alegre in solchem Maße für diesen Gedanken zu interessieren, daß der Verband der deutschen Vereine bisher schon über 400 000 M. für diesen Zweck aufgebracht hat. In einigen Monaten wird die Grundsteinlegung stattfinden. Wie das Unternehmen darum im deutsch-nationalen Interesse zu begründen ist, so bedeutet es auch eine wertvolle Förderung evangelisch-kirchlicher Arbeit im Dienste der deutschen Ansiedlergemeinden Brasiliens. Denn die Frauenhilfe fürs Ausland verbindet mit diesem Krankenhaus ein eigenes Diakonissen-Mutterhaus, das dazu bestimmt ist, evangelischen Jungfrauen des Landes Gelegenheit zu geben, zu Diakonissen im Dienste ihrer Heimatgemeinden ausgebildet zu werden. Seit Jahresfrist arbeiten schon 10 Schwestern der Frauenhilfe fürs Ausland, die aus dem Mutterhause zu Wittenberg hervorgegangen sind, in Südamerika, 7 davon in Brasilien; die stärkste Station ist Blumenau, wo zwei Schwestern in der Gemeindepflege stehen, während das dortige brasilianische Krankenhaus unter der Leitung eines deutschen Chirurgen mit drei Schwestern besetzt ist. Brasilien bedeutet ein überaus reiches Arbeitsfeld für die Frauenhilfe fürs Ausland, und diese verdient die Beachtung aller derer, die in dem Auslandsdeutschthum den wertvollsten Pionier des deutschen Gedankens in der Welt sehen. Wer diese wichtige Arbeit zu fördern bereit ist, wolle die Drucksachen der Frauenhilfe fürs Ausland von der Geschäftsstelle in Wittenberg erbitten.

Landtagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

Abgeordnetenhause.

h. Berlin, 2. März.

Am Ministerisch: v. Dallwitz, Dr. Penke.

Kommunalabgabengesetz.

Minister des Innern v. Dallwitz: An der Höhe der Kommunalabgaben ist nicht das Kommunalabgabengesetz schuld. Sie sind vielmehr die Folge der ständig steigenden Ausgaben der Gemeinden. Das Kommunalabgabengesetz hat lediglich die Verteilung und Ausbringung der bereits vorhandenen Lasten zu regeln. Die Grenze für die Heranziehung der Realsteuern und der Einkommensteuer durch die Kommunen muß der Staat beherrschen. Der Entwurf will die vorhandenen Lücken in der Heranziehung der Steuerzahler ausfüllen und Bevorzugung einzelner Gruppen von Personen aufheben. Die Frage, inwieweit für die gemeinsamen Steuerquellen einer Mehrzahl von Gemeinden andere Normen aufgestellt werden können, die den schwächeren Gemeinden einen höheren Anteil zu sichern geeignet wären, hat zu einer Reihe von Änderungsanträgen Anlaß gegeben. Was hier vorgeschlagen wird, stellt eine Vereinfachung dar und ist zugleich ein Glied in der Kette der Maßnahmen. Hinsichtlich der Staatsaufsicht soll den Wünschen der Gemeinden tunlichst Rechnung getragen werden.

Abg. Jacobi (kons.): Das Gesetz hat sich im großen und ganzen bewährt. Es dürften daher nur die als reformbedürftig geltenden Punkte geändert werden. Bei Erweiterung der Erhebung der Beiträge besteht die Gefahr einer doppelten Besteuerung. Zu begrüßen ist es, daß auch der Staat mit seinen Grundstücken zur Steuer herangezogen werden kann. Wir beantragen, die Vorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Gege (natl.): Wir stimmen dem Antrag auf Kommissionsberatung zu. Die Gemeindebetriebe, die in erster Linie Einnahmen bringen sollten, erbringen weit weniger Ueberschüsse als die Staatsbetriebe. Besonders drücken die Normen für Schullasten auf die Gemeinden. Hier muß ein Ausgleich geschaffen werden. Daß die Grundstücke des Staates und anderer Gemeinden zur Grundsteuer herangezogen werden, ist zu begrüßen. Die Belastung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung sollte nicht nach

einem Sondertarife, sondern nach dem allgemeinen Tarife erfolgen. Der Wunsch des deutschen Städtetages, alle wirtschaftlichen und genossenschaftlichen Vereine heranzuziehen, erscheint uns recht bedenklich. Im Gegensatz zum Vorredner hoffe ich, daß das Haus den Bestimmungen über die Grundsteuer zustimmen wird. Die Gewerbesteuer darf die Unternehmer nicht allzusehr belasten. Der Entwurf bringt im großen und ganzen sehr viel Gutes, wenn wir auch in einzelnen Punkten Bedenken haben.

Abg. Dr. Bärmeling (Ztr.): Auch wir sind für Kommissionsberatung. Der Gesichtspunkt muß im Auge behalten werden, den kleinen Städten mit ihrem ansehnlichen Mittelstande ihre Leistungsfähigkeit zu bewahren. Vor allem müssen die Gemeinden selbst sparsam wirtschaften. Bedenken erregt die Bestimmung, daß die Gemeindezuschläge erst bei 150 Prozent statt bisher bei 100 Prozent genehmigungspflichtig sein sollten.

Finanzminister Dr. Penke: Ein großes Geschenk hat der Staat den Gemeinden gemacht, als er ihnen die Einführung der Realsteuer überließ. Inzwischen haben sich aber unsere Städte außerordentlich entwickelt und die Gemeinden müssen die Mittel für ihre Aufgaben erhalten. Ohne die Laftkraft seitens der Gemeinden wären wir in Preußen auf kulturellem Gebiete heute lange nicht so weit, wie wir es sind. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Staat hat jetzt ganz freiwillig sein Grundeigentum viel stärker als bisher der Gemeindesteuer unterstellt und dies kommt besonders den Land- und Kleinstädten zu gute. Die Heranziehung der Realsteuern zur Steuer muß unterbleiben. Es ist staatsrechtlich noch in keiner Weise klar, ob das Privileg der Kirche oder den Geistlichen zusteht. Ein Vorredner hat die Umfahsteuer als höchstbelastend für den Grundbesitz erkannt. Die Neuordnung der Verzuwachssteuer entlastet jedoch die Grundbesitzer erheblich und das Gesetz beruht darauf, daß diejenigen, die in der Gemeinde erwerben, auch zur Gemeindesteuer herangezogen werden.

Abg. Dr. Bredt (freil.): Eine Ursache der starken Steuern in den Gemeinden ist besonders die Bodenpolitik. Die Gemeinden kaufen vielfach Grund und Boden und die Verzinsung muß aus den Steuererträgen aufgebracht werden.

Abg. Cassel (fortsch. Vp.): Wir erblicken zwar in dem Entwurf eine geeignete Grundlage zur weiteren Verhandlung, sind aber keineswegs geneigt, den Wünschen der Konservativen zu entsprechen. Für ein Gesetz, das auf eine Begünstigung der agrarischen Interessen und auf eine Beschränkung der Selbstverwaltung hinausläuft, sind wir nicht zu haben. Einvernehmen sind wir mit der Bestimmung, daß der Fiskus für seinen Grundbesitz mit zu den Gemeindeabgaben herangezogen wird.

Abg. Hirsch (Soz.): Der Staat kümmert sich zu wenig um die Armenunterstützung und solange wir kein Wohnungsgesetz in Preußen haben, werden die großen Pöhlen nicht aus dem Etat der Kommunen verschwinden. Auch für die Arbeitslosenfürsorge geschieht von der Regierung zu wenig, so daß sie hauptsächlich den Gemeinden zur Last fällt. Zu den Vorteilen des Gesetzes gehört die Einschränkung der Staatsaufsicht und die Steuerpflicht des Fiskus.

Abg. v. Spee (Ztr.) bekämpft die Bestimmung der Bodenreform und wendet sich gegen die Erhebung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 11 Uhr. Vereidigung neuer Mitglieder. Fortsetzung des Ausgrabungsgesetzes und kleine Vorlagen. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Reichstagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

h. Berlin, 2. März.

Die neue Besoldungsnovelle und der neue Nachtragsetat über Schutzgebiete werden auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Ztr.) sofort an die Budgetkommission überwiesen.

Es folgt der

Postetat.

Abg. Ebers (Soz.): Der Oberst v. Reuter hat die Post in Labern eines Amtsverbrechens beschuldigt. Eine Untersuchung hat ergeben, daß keine Briefe unterschlagen worden sind. Gegen die begründete Petition der Beamten verhält sich die Postverwaltung ablehnend. Die Dienstordnung bedarf dringend der Reform. Wir verlangen Gleichstellung der weiblichen Beamten mit den männlichen Beamten. Die Stimmkreiszulage lehnen wir ab.

Staatssekretär Kräfte: Ich muß natürlich Widerspruch erheben, wenn hier behauptet wird, ich wäre für meine Beamten nicht eingetreten und hätte sie kläglich preis-

Die Herrin von Perikori.

Original-Roman von Hans Beker, Wiesbaden.

(89. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Etwas anderes kam ihr in den Sinn: — Sie wollte an Aniela schreiben, trotzdem diese eben erst abgereist war. Wohl hatte Aniela fest versprochen, gleich, sobald sie in Berlin angekommen, Nachricht zu geben. Aber wer weiß: sie vergaß es vielleicht, kam nicht so schnell dazu. Wenn sie jedoch einen Brief von ihr erhielt, war das sicherer, sie würde gewiß sofort antworten.

Diese Erwägungen zwangen ihr ein Räseln ab: — Was sie alles ausfingelte, was sie alles erfand, um einen Brief an die Freundin zu schreiben.

Wie wenig offen sie zu sich selbst war: — Warum gefand sie sich nicht ein, daß sie schnell Nachricht von Aniela haben wollte, um zu erfahren, was Felix Volten tat — ein Wort über ihn zu hören, seinen Namen —

In ihrem Zimmer setzte sie sich an den Schreibtisch. Eilig ließ sie die Feder über das Papier fliegen, dann ein plötzliches Stutzen, Ueberlegen: Sie mußte nachlesen, was sie geschrieben. Sie durfte sich nicht verraten, auch der Freundin gegenüber nicht. Sie schämte sich über ihren Dankelmut, daß sie jenen noch immer nicht vergessen konnte. Als sie gelesen, zerriff sie den Brief, denn da hand wirklich — ganz harmlos hatte es scheinen sollen — „Was macht Felix Volten?“

Sie wollte nicht schreiben, sie mußte warten. Es klopfte. Frau Sörensen kam, um Hanna zum Frühstück zu bitten:

Verzeihen Sie, Baronesse, wenn ich höre. Sie sind beschäftigt, ich will Johann sagen, daß er noch nicht servieren soll —

Hanna erhob sich:

„Lassen Sie nur, ich komme schon mit.“

Während sie frühstückte, bemühte sich die Gesellschaftlerin, Hanna zu unterhalten. Sie hatte bemerkt, wie nachdenklich und traurig diese war.

Der Abschied ist Ihnen wohl schwer geworden. Ich kann das gut begreifen, es ist wirklich recht einsam hier.“

Hanna nickte schweigend. Frau Sörensen fuhr fort:

„Ich habe mir etwas ausgedacht — darf ich Ihnen einen Vorschlag machen, Baronesse?“

„Bitte, warum nicht?“

„Weshalb siedeln wir nicht für den Winter nach der Stadt über?“

Hanna horchte auf:

„Nach welcher Stadt, nach Berlin?“

Eine andere Stadt existierte in ihrem Gedanken nicht.

Frau Sörensen antwortete lebhaft:

„Ich dachte zwar nicht an Berlin, ich meinte Helsingfors. Aber wenn Sie Berlin vorziehen, ich würde Sie mit Freunden dorthin begleiten.“

Sie küßte im Augenblick, daß sie sich ein bißchen zu sehr in den Vordergrund gestellt, fügte schnell hinzu:

„Natürlich — wenn Sie mich mitnehmen wollen.“

Hanna sah schweigend auf ihren Teller: Trat die Verjüngung wieder an sie heran?

Frau Sörensen wartete einige Augenblicke. Dabei beobachtete sie Hanna. Sie sah, daß diese errötet war, der Vorschlag sie wohl angeregt hatte.

Sie fügte ihren vorherigen Worten hinzu:

„In Helsingfors würden Sie auch Unterhaltung finden, ich habe einen großen Bekanntenkreis — wenn Ihnen der zufallen sollte. Theater und Konzert besitzt Helsingfors auch, die Winterzeit ließe sich ganz angenehm verbringen.“

Doch das wissen Sie ja, Helsingfors ist Ihnen nicht fremd —

Sie brach ab, sie wollte die finnische Hauptstadt nicht zu hoch herausheben, die Idee, den Winter in Berlin zu verbringen, gefiel ihr. Sie war in früheren Zeiten einige Male dort gewesen, hatte Berlin wundervoll schön gefunden.

Endlich antwortete Hanna:

„Vielleicht ist Ihr Vorschlag gut, Frau Sörensen. Ich will darüber nachdenken, wir sprechen dann noch weiter.“

Trotz der halben Zusage empfand Frau Sörensen die Antwort wie eine leichte Zurückweisung. Sie bedauerte beinahe, etwas gesagt zu haben.

Hanna erhob sich bald: Sie wolle mit Olaf ein bißchen herumlaufen —

Auch in den nächsten Tagen sprach Hanna nichts über Frau Sörensens Vorschlag, nach einer Woche traf der ersuchte Brief von Aniela Savolska ein.

Sie schrieb von der Pension. Wie sie alles gefunden. Von Frau Sanitätsrat, die viel nach Hanna gefragt. Von sich — daß sie bald nach Warschau zu ihren Eltern reisen würde: „Sie begreifen, ich muß mich mit Mama aussprechen, sie findet Heinz reizend. Von Felix Volten muß ich Ihnen

doch auch noch erzählen.“ Er ist aus Burgtheater in Wien engagiert, unter glänzenden Bedingungen. Na — er ist ja ein bedeutender Künstler. Ich habe ihn nur wenig gesprochen, da er am Tage meiner Ankunft abreiste —

Weiter von ihm kein Wort. Kein Gruß. Kein Gedanken —

Trotzdem las Hanna diese Stelle im Briefe immer wieder, wenn auch mit schmerzlichem Empfinden, daß mit diesem kurzen Satze nun alles zu Ende sei.

Er kümmerte sich nicht mehr um sie — mußte sie nicht auch jeden Gedanken an ihn gewaltsam zurückdrängen.

Sie stand am Ende, wenn sie auch jetzt erst so recht begriff, wie groß ihr Gefühl gewesen, wie nur er allein all ihr Denken und Handeln ausgefüllt hatte.

Trotz allem Bitteren, das sie erfahren, hatte sie doch in ihrem Denken immer noch einen Raum, einen kleinen Raum offen gehalten, in dem sie ein Stückchen Hoffnung aufbewahrte.

Jetzt war auch das vernichtet.

Wie ein Schiffer auf hoher See in einem ruderlosen Boot kam sie sich vor. Der nicht vor- und nicht zurückkonnte. Der nur das mitleidlose Höhnen der Bogen um sich her vernahm, die sein Todeslied sangen, den das Leben ausgeschloffen hatte.

Ihre Sitten sank auf den Brief, den ihre tränenlosen Augen angestarrt. Auf die Stelle, wo sein Name stand. Sein Name, der für sie ausgelöscht sein mußte für alle Zeit.

Felix Volten wurde in Wien gefeiert, wie eben nur die Wiener einen Künstler zu feiern vermögen. Er war sehr bald das Eigentum von ganz Wien geworden, man sprach nur noch von „unserm Volten“.

In Berlin dachte er nicht viel zurück. Auch die kleine Episode mit Hanna Thurlander war seiner Erinnerung fast entschwunden, und wenn sie einmal der Gedanke an sie in ihm aufstiegen, sein Gewissen sich regen wollte, daß er die hübsche Baronesse so rücksichtslos im Stich gelassen, tröstete er sich damit, daß doch eigentlich sie vor ihm davon-gelassen war.

Warum war sie damals nicht nach Berlin zurückgekommen, die Sache hätte sich dann wohl folgerichtig entwickelt.

Er hatte sie gern gehabt — das gefand er sich immer wieder ein. Viel mehr als je eine Frau, er konnte doch nicht dafür, daß ihr aufmündernder Stolz sie auseinander-gedrängt

gegeben. Ich würde mich einer Verschweigung von Tatsachen schuldig machen, wenn ich sie nicht befunden würde. Die Untersuchung hat ergeben, daß Briefe mit sehr pöbelhaften Bezeichnungen besetzt wurden, die bei etwas mehr Aufmerksamkeit hätten zurückgestellt werden können.

Abg. Raden (Hr.): Erfreulich ist die Einführung der Postkreditbriefe. Die Sonntagshelligung muß mehr durchgeführt werden. Die Rheinlande brauchen bessere Telefonverbindungen. Das Schreibwerk ist noch mehr einzuschränken. Die postlagernden Sendungen müssen ebenfalls eingeschränkt werden. In andern Ländern dürfen postlagernde Briefschaften nicht an Mädchen unter 18 Jahren ausgeliefert werden. Erfreulich ist die starke Zunahme des Paketverkehrs nach dem Ausland. Im allgemeinen wird die Postverwaltung dem enorm wachsenden Verkehr gerecht.

Staatssekretär Kräfte: China ist dem Weltpostverein beigetreten und wird schon in diesem Jahr auf der Madrider Konferenz als Mitglied erscheinen. (Beifall.) Der Verkehr nach dem fernen Osten wird dadurch schneller werden. Mit den Brieftelegrammen gehen wir schneller vor, als die anderen Verwaltungen. Ihre Aufgabe wird künftig schon von 5 Uhr ab gestattet sein.

Abg. Dr. Dertel (kons.): Auch wir sollen dem Staat Anerkennung. Die Postverwaltung ist nicht rückständig, wenn dieser Vorwurf auch in der Presse erhoben wird. Die Presse ist immer unzufrieden, das gehört zu ihrem Handwerk. Unsere Postverwaltung kann sich vor dem Ausland recht gut sehen lassen. Der Staatssekretär kommt den Wünschen der Großstädte sehr weit entgegen.

Staatssekretär Kräfte: Es ist richtig, daß das flache Land bei der Bestellung schlechter wekommt, als die Großstädte und das ist in den Verhältnissen begründet. Beim Kernpostdienst auf dem Lande wird den berechtigten Wünschen nachgegeben. In den großen Städten gehen wir jetzt mit der Einrichtung des automatischen Fernpostbetriebs vor. Der Automatenbetrieb wird auch die Grundlage für die neue Gebühreordnung abgeben.

Dienstag 1 Uhr: Kurze Anfragen, Weiterberatung. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 3. März.

Der Geburtenüberschuß in der Provinz Hessen-Nassau.

Trotz des erschreckenden Rückganges der Geburten ist der Ueberschuß derselben über die Todesfälle doch immer noch recht bedeutend. Er ist 1912 sogar noch größer geworden wie im Jahre vorher und übertrifft das Jahr 1872 erheblich, obgleich damals 41,09 Geburten auf 1000 Einwohner kamen, gegen 29,12 im Jahre 1912. Das neueste Vierteljahrshesft der Statistik des Deutschen Reiches gibt darüber wertvolle Aufschlüsse.

Die Geburtenziffer erreichte 1876 mit 42,61 auf 1000 Einwohner ihren Höhepunkt und ist dann mit kleinen Schwankungen ständig gesunken bis zu dem Tiefstand von 29,12 im Jahre 1912. Ob sie in den nächsten Jahren noch weiter sinken wird?

Dahingegen ist die Zahl der Gestorbenen ebenfalls ständig zurückgegangen. Während 1872 noch 30,62 Todesfälle auf 1000 Einwohner kamen, wie das Jahr 1912 nur noch 16,42 auf. In der Hauptsache ist diese starke Verringerung der Todesfälle auf die erfolgreiche Bekämpfung der Kindersterblichkeit zurückzuführen.

Auch die Totgeburt haben eine starke Verminderung erfahren. 1875 kamen auf 100 Geburten noch 4,12 Totgeburt, 1912 aber nur noch 2,92.

Der Geburtenüberschuß war am stärksten 1902 mit 15,39 auf 1000 Einwohner, am schwächsten 1872 mit 10,47, 1912 betrug er 12,70.

Die Zahl der unehelichen Geburten ist seit 1872 so ziemlich gleich geblieben. Zwar weist 1912 mit 9,58 auf 100 Geburten den höchsten Stand auf. Aber schon 1884 betrug diese Zahl 9,51 und der niedrigste Stand von 8,33, den sie im Jahre 1908 hatte, ist vom höchsten Stand nicht allzuweit entfernt.

Die Zahl der Eheschließungen ist nicht, wie vielfach angenommen wird, zurückgegangen. Sie ist vielmehr seit 1876 sich völlig gleich geblieben. Im Durchschnitt kommen auf 1000 Einwohner 8 Eheschließungen, im Jahre 1912 genau 7,91. Nur die Jahre 1872—1875 weisen mit 10,29—9,10 eine etwas höhere Zahl auf. Doch sind das noch Folgen des Krieges, da nach den Kriegsjahren die Zahl der Eheschließungen stets höher zu werden pflegt.

In der Provinz Hessen-Nassau wurden 1912 18.313 Ehen geschlossen und zwar in den Regierungsbezirken Cassel 7682 und Wiesbaden 10.631.

Er hätte sich in Wien sehr hübsch eingerichtet, Franz war ihm treu geblieben, mit der Kunst ging es großartig — Verz, was willst du noch mehr.

Das waren so seine Gedanken, mit denen er sich abzufinden suchte, denn tief im Innern glimmte doch noch ein Feuerchen, das manchmal eine helle Flamme werden wollte.

Eine nicht zu erstickende Flamme, die oft zuckte und brannte, die ihn unruhig machte, die auflockerte, als er die Verlobungskarte von Antela Sapolska und Heinz von Sendberg erhielt.

Stieh mal einer an. Den Knaben habe ich damals im Verdacht gehabt, daß er um Hanna herum war. Wo sie wohl heden mochte. Rührt gewiß in Schnee und Eis mit ihrem Olaf spazieren und gedenkt der schönen Tage, als sie sich filmen ließ.

Der Spott hielt nicht vor, machte ihn ärgerlich. Er nahm nochmals die Karte zur Hand und las die Namen. Dabei mußte er denken:

Wenn mir nun eines schönen Tages so ein Ding zugeflogen kommt, das ein paar andere Namen enthält — einer davon: Baroness Hanna Thurlander.

(Fortsetzung folgt.)

Rennen wir bereits den Bodenerreger?

Angesichts der aus verschiedenen Städten gemeldeten Fälle von Podenerkrankungen wird uns von medizinischer Seite geschrieben: Es dürfte noch erinnerlich sein, daß auf dem letzten Internationalen Medizinischen Kongresse, der im vorigen Jahre in London stattfand, Stabsarzt Dr. Fornet mit der auffechterregenden Mitteilung von der Entdeckung des Bodenerregers vor die medizinische Welt trat. Er glaubte für die Wichtigkeit seiner Behauptungen auch diejenigen schlüssigen Beweise zu bringen, die von der Bakteriologie gefordert werden: nämlich die Sichtbarmachung des Erregers, indem er ihn sich in einer Reinkultur fortpflanzen ließ, und zweitens die „Spezifität“. Die mikroskopischen kleinen Partikel der Kultur sollten, auf das Raß übertragen, bei diesem Podenpusteln erzeugen. Weiter sollte die von vielen Forschern vergeblich gesuchte Reinkultur ihm dadurch gelungen sein, daß er die Vymphie, welche die Erreger enthält, zunächst durch Sterilisation mit Aether von Mikroorganismen befreite und nun allein den Erreger der Poden, welcher jeder Sterilisation trotzte, allein in der Vymphie fortpflanzungsfähig zurückbehielt. Letzter

Es wurde 1912 29 588 Knaben und 27 774 Mädchen, zusammen 57 362 Kinder geboren, davon in den Regierungsbezirken Cassel 14 460 Knaben und 13 568 Mädchen und Wiesbaden 15 128 Knaben und 14 206 Mädchen. Auffallend ist das starke Uebergewicht der Knaben über die Mädchen. Doch ist das im ganzen Deutschen Reich so. Es gibt auch nicht einen Bezirk, in dem mehr Mädchen als Knaben geboren wären. Im ganzen Reich sind 60 411 Knaben mehr geboren worden als Mädchen. Auf 100 Knaben kommen nur 94 Mädchen.

Gestorben sind 1912 in Hessen-Nassau 31 822 Personen, davon in Cassel 14 002 und in Wiesbaden 16 890.

Der Geburtenüberschuß beträgt demnach in der ganzen Provinz 25 480 = 11,25 auf 1000 Einwohner, in Cassel 13 126 = 12,81 und in Wiesbaden 12 354 = 9,95 auf 1000 Einwohner. Den stärksten Geburtenüberschuß hat Weiskirchen mit 19,66 und besonders der Regierungsbezirk Rünster mit 23,18 auf 1000 Einwohner aufzuweisen, während der geringste Ueberschuß entfällt auf Berlin mit 6,02, Obereslah mit 6,43 und Mecklenburg-Schwerin mit 7,74 auf 1000 Einwohner.

Wesen und Entstehung der Frauenfrage. Dr. W. Ohl, Privatdozent für soziale und Handelswissenschaft in Frankfurt a. M., sprach dieser Tage in der „Lage Plato“ über „Wesen und Entstehung der Frauenfrage“. Redner erklärte, daß der Ausgangspunkt seiner Betrachtungen der Frauenfrage ein geschichtlicher sein solle. Die Gegner der Frauenbewegung machen derselben den Vorwurf, daß sie das eigentliche Fundament der geschichtlichen Entwicklung, „die Familie“ umfärzen wolle, das Gegenteil ist der Fall. Durch die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse, auf die Frau keinen Einfluß hatte, ist das Familienleben zerstört. Als letzteres bereits zerstört war (was Redner eingehend begründete), wurde die Frauenfrage erst eine Sache der Allgemeinheit. Redner erörterte dann die Entwicklung der Ehe von der Sippe zur Arbeitsgemeinschaft zum Besten der Familie. Die Arbeitsgemeinschaft der Ehe ist in den letzten zwei Generationen empfindlich gestört worden. Die Arbeiterfrau ist vielfach um ihre Familie betrogen worden, denn eine Frau, die den ganzen Tag in der Arbeit, Fabrik etc. sein muß, kann nichts von Familienleben haben. Bei der bürgerlichen Frau liegt die Sache scheinbar besser, eigentlich aber schlimmer, da sie nicht mehr für den Haushalt produziert; da diese Produktion in den Fabrikbetrieb übergegangen, ist ihre Stellung nicht mehr die der Mitarbeiterin des Mannes und sie selbst für den Mann zum Luxusgegenstand geworden. Hier hat nun die Frauenbewegung eingegriffen. Die gut situierten Frauen sollen nicht länger Luxusgegenstand bleiben; sie können durch eine vielfache Ausbildung als Mutter ihren heranwachsenden Kindern Beraterin und Stütze sein; sie können sich sozial betätigen und dazu bereitet die Frauenbewegung sie vor. Da unter den Erwerbstätigen jeder Dritte eine Frau ist, so können nicht nur die arbeitenden Männer mit Rechten ausgestattet sein, sondern auch die Frau. Dies führt naturgemäß zu den berechtigten politischen Forderungen der Frauenbewegung. Redner bezeichnete als Gebote, auf denen die Frauenarbeit heutzutage geradezu eine absolute Notwendigkeit ist: Armen- und Waisenpflege, Wohnungsfürsorge, Bekämpfung der Prostitution, eine Einrichtung, vom Staate verboten, von der Polizei erlaubt, verachtet von jedem Mann, gefördert von den höchsten Kreisen. Redner betonte zum Schluß nachdrücklich: Die Frauenbewegung kann verlangen, daß sie ernst genommen wird, daß man endlich einseht, welche ungeheure Arbeit sie leistet in sozialer Hinsicht und zum Wohl der Allgemeinheit.

Die Mitgliederversammlung des Tierfänger-Vereins fand am Freitag vergangener Woche statt. Herr Prof. Dr. Schaefer, der den Vorsitz führte, erstattete zunächst den Jahresbericht, aus dem wir folgendes mitteilen. Am 31. Dezember 1913 zählte der Verein 1233 Mitglieder. 90 Fälle von Tierquälereien sind dem Vorstand des Vereins im Laufe des Geschäftsjahres 1913 mitgeteilt worden. In 23 Fällen hat das Gericht, dem vom Vorstand Anzeige gemacht wurde, auf Geldstrafen bzw. auf Haft erkannt, zwei Fälle wurden mit 8 Tagen bzw. 4 Wochen Gefängnis bestraft, die übrigen wurden, da sie leichter Natur waren, durch Verwarnungen erledigt. Die angegebene Zahl wie auch die allgemeine Wahrnehmung läßt deutlich eine Besserung auf dem Gebiete der Tierbehandlung erkennen, eine erfreuliche Tatsache, die sich der Verein mit Recht auf sein Konto setzt. Im Interesse des Tierfanges vertritt der Verein die Würzburger Tierfänger-Kalender, von denen er 22 000 bezogen hat. Der Magistrat von Wiesbaden hat da-

scheinen sich diese verheißungsvollen Mitteilungen wieder einmal — der Bodenerreger ist schon mehrmals entdeckt worden — nicht zu erfüllen. Benigstens lebten in einer Debatte in der Berliner Mikrobiologischen Gesellschaft, dem zuständigen Forum für dieses Forschungsgebiet, die Diskussionredner es ab, den Beweis von Dr. Fornet schon jetzt als erbracht anzuerkennen. Es wäre denkbar, daß es ihm gelänge, das Versäumte nachzuholen und durch exakte Versuche die Existenz und Spezifität, seinen Mikroorganismus, nachzuweisen. Allein die Forscher scheinen keinen Weg mit dieser Möglichkeit ernsthaft zu rechnen. — Wer die Schwierigkeiten der modernen Mikrobiologie, die aus den elementaren Feststellungen längst heraus ist, auch nur annähernd kennt, wird dieses Malheur nicht allzu tragisch nehmen. Haben doch schon recht oft in der Wissenschaft Irrtümer gerade auf den rechten Weg geleuchtet.

Theater.

Frankfurter Schauspielhaus. Die Verhältnisse im Schauspielhaus werden jetzt bald eine erhebliche Besserung aufzuweisen haben, denn die „Langoopriuzesin“ tut ihre Schuldigkeit und ermöglicht gut besuchte Vorstellungen außer Abonnement. Ueber den literarisch-musikalischen Wert dieser Posse braucht kein Wort mehr verloren zu werden, aber dem Publikum gefällt diese Art von „Kunst“; wie es bisher „Puppchen, du bist mein Augentier“ und „Wie einst im Mai“ mitgenommen, so singt es jetzt den Schläger „Wenn das der Petrus wüßte!“, aber die Mäusen verhalten weinend ihre Häupter. Lebhaftem Interesse begegnete das Ensemblestück des Darmstädter Hoftheaters, das Bahés „Phantom“ zur Aufführung brachte. Ein schlechtes Stück, das schlechteste, das der geistreiche Literat geschrieben hat, fesselt durch seinen antihäufigen Dialog, durch Keuschlichkeiten und durch eine flüchtige, abgerundete Darstellung. Aus dem Darmstädter Ensemble tritt eigenlich nur Herr Görle hervor. — Die finanziellen Verhältnisse des Stadttheaters haben sich insofern etwas gebessert, als der Besuch der Vorstellungen in Zunahme begriffen ist. Trotzdem weist der erste Quartalsabschluss noch einen Betriebsverlust von 22 243.— M. auf, in der gleichen Zeit des Vorjahres waren es allerdings 24 879.— M. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß das Schauspielhaus in diesem Jahre eine bedeutende Mehreinnahme durch das Weihnachtsmärchen hatte, das wegen der Parfissal-Aufführungen nicht in der Oper gegeben werden konnte.

von 10 000 Exemplare zur Verteilung in den Schulen angenommen. Ein weiteres Verdienst des Vereins ist es, daß die Hundehühner immer mehr verschwinden und statt der zum Fischen ganz untauglichen Hunde Fel benützt werden. Im abgelaufenen Jahre hat der Verein zu diesem Zwecke 75 Fel in Italien durch seinen Inspektor einkaufen lassen. Die Benutzung des Tierheimes ist gestiegen, es waren außer anderen Tieren 226 Hunde und 30 Katzen in Pension und Pflege gegeben worden. 164 Findlingshunde und 109 Findlingskätzchen, um die sich niemand kümmerte, hat der Verein in sein Heim aufgenommen und versorgt, was ihm eine Ausgabe von über 1000 M. verursachte. Da sich nun die Verwaltungskosten des Tierheimes auf rund 10 000 M. belaufen, die Zahl der Findlinge und damit die Ausgaben für sie immer größer werden, liegt es auf der Hand, daß der Verein seinen idealen Zwecken nur gerecht werden kann, wenn er weiterhin durch besondere Zuwendungen unterstützt, wenn ihm insbesondere von der Stadt ein regelmäßiger Zuschuß zur Unterhaltung des Tierheimes zur Verfügung gestellt wird. Er glaubt, hierauf um so mehr rechnen zu können, als er mit der Aufnahme der Findlinge die Geschäfte der Stadt beforat und das Tierheim ein Faktor ist, der manchen Fremden, der sich von seinem vierfüßigen Liebling nicht trennen will, zu bestimmen vermag, gerade hierher seine Schritte zu lenken. Die Gesuche an den Magistrat zu dem angegebenen Zwecke waren bisher ohne Erfolg. Zum Schluß seines Berichtes dankt der Vortragende allen denen, die im vergangenen Jahre den Verein durch besondere Gaben unterstützt haben, insbesondere auch den Besitzern der Hotels Astoria, Hohenzollern und Bier Jahreszeiten für die Ueberlassung der Tafelherberge, wodurch seinen Pflegelingen Lederbüßen zu teil wurden, die er ihnen bei dem von ihrem Herrn bezahlten Pensionspreis nicht bieten könne. Herr Bücherrevisor Lieemann bestätigt in seinem Rapport die Tatsache, daß der Verein nur infolge besonderer Zuwendungen davor bewahrt blieb, sein Kapital anzugreifen, um die bedeutenden Ausgaben zu decken, die ihm in Erfüllung seiner Aufgabe erwachsen. Zum ersten Vorsitzenden wurde an Stelle des verstorbenen Herrn Krüger a. D. Dr. Hagemann Sr. Exa. Generalkonstant a. D. Freiherr v. Amstetter gewählt.

Stadtbrief. Der Handlungsgehilfe Albert Kiese aus Sonnenberg, der zuletzt in Wiesbaden gewohnt hat, wird vom Ersten Staatsanwalt festbrieflich wegen Unterschlagung gefügt.

Orgelkonzert in der Marktkirche. Die Mittwochskonzerte in der Marktkirche werden vom 25. März ab wieder allwöchentlich bei freiem Eintritt stattfinden. Auf das Programm des ersten Konzertes wird in der nächsten Zeit hingewiesen werden.

Angelkommene Fremde. Die neueste Fremdenliste verzeichnet u. a. folgende Namen: v. Blockszewski, Rittergutbes., Dr. jur. m. Fr., Parusowo (Posen) (Rote), Baron v. Buddenbrock, Rittergutbes., m. Baronin, Schlessen (Rote), Gräfin Minotto-Sorma m. Jungfer, Berlin (Bier Jahreszeiten), Gräfin Etadion Wapleszewska, Rantb (Dettm.) (Rote), Rittergutbes. und Landrat a. D. Graf und Gräfin von Königsmark (Quissana).

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw.

Königliche Schauspiele. Bei den Programmen der nächsten Symphoniekonzerte am 9. und 22. März er. muß insofern eine Aenderung eintreten, als das Requiem von Verdi, das für den 9. März vorgesehen war, auf den 22. März verlegt werden muß, da wegen der Vorbereitungen zur Parfissal-Aufführung die zum Requiem nötigen Chorproben nicht stattfinden konnten. Dafür wird am 9. März das Programm des 22. März gegeben werden. Der Wechsel der Programme erfordert auch einen Wechsel der Solisten, weil Frau Steffi Jung-Geyer (Violine), deren Mitwirkung ursprünglich für den 22. März vorgesehen war, am 9. März leider nicht abkommen kann. Sie wird dafür im ersten Konzert der nächsten Spielzeit auftreten. Als Ersatz für Frau Jung-Geyer ist nun für den 9. März der erste Konzertmeister des Gewandhausorchesters in Leipzig, Herr Edgard Wollgandt, ein geborener Wiesbadener, und als Solistin ist Frau Andrejewa von Sankt-Petersburg von der königlichen Oper in Berlin verpflichtet worden. Das Konzert am 9. März findet bei gewöhnlichen Eintrittspreisen statt.

Konzert Gussy Maff. Wir weisen nochmals auf das Festkonzert Gussy Maff hin, welches heute abend punkt 8 Uhr in der Warburg stattfindet.

Der Frauenklub E. V. hält am Donnerstag, den 5. März, nachmittags 4 Uhr, ein Tee-Konzert ab. Solo-Gesang, Terzette und Quartette, ausgeführt von Schülerinnen des Spangenberg'schen Konservatoriums für Musik. Begleitung am Flügel Herr Professor Fahr.

Aus den Vororten.

Wieder.

Todesfall. Am Samstag starb hier eine wohlbekannte Persönlichkeit, Herr Major v. Luch, im Alter von 79 Jahren. Der Verstorbene hatte im Feldzug 1870/71 als Rittmeister im rheinischen Manoeuvregiment Nr. 7 teilgenommen und war Inhaber des Eisernen Kreuzes und des Karl-Friedrichs-Verdienstordens.

Kaufhausbau. Dem Beispiel der Firma Kalle u. Co. folgend, beabsichtigt auch die Firma Dyckerhoff u. Söhne für ihre rund 1200 Beamten und Arbeiter ein Kaufhaus zu errichten.

Jubiläum. Ein seltenes Jubiläum konnte in diesen Tagen Herr Portier Heinrich Moser bei der Firma Kalle u. Co. begehen. Er stand am 24. Februar d. J. 40 Jahre in den Diensten der Firma. Aus diesem Anlaß fand am Samstag abend im Wohlfahrtsgebäude des Werkes unter Teilnahme des Arbeitervereins, des Kalle'schen Gesangvereins, der Beamten und der Vertreter der Direktion eine Fester statt. Im Namen des Arbeitervereins begründete Herr Aufseher Reimner den Jubilar und überreichte ihm als Ehrengeschenk einen Spazierstock mit Silberkrücke. Als Vertreter der Firma gratulierte Herr Direktor Dr. Fischer, der die treue Pflichterfüllung des Jubilars mit ehrenvollen Worten hervorhob. Für den Kalle'schen Gesangverein sprach Herr Kall, worauf Herr Dr. Wobewig im Namen des Jubilars für die vielen ihm bereiteten Ehrungen dankte. Nach einem gemeinschaftlichen Essen folgten dann Gesang, Instrumental- und Einzelvorträge. Herr Vorarbeiter Chengari gedachte noch mit sehr beifällig ausgenommenen Worten des außerordentlich guten Einvernehmens, das stets zwischen der Firma und ihrer gesamten Belegschaft gewaltet hat.

Konkurs. Die hiesige Zigarrenfabrik Carl Wöhlinger u. Söhne, Inhaber Kaufmann Georg Wöhlinger, ist in Konkurs geraten.

Nassau und Nachbargebiete.

Mittelrheinischer Verband Evangelischer Arbeitervereine. 1. Höhepunkt a. M., 1. März. Unter der Leitung des Verbandsvorsitzenden Farrers Schmitt (Höchst) fand heute

im Evangelischen Vereinshaus die Delegiertenversammlung des Mittelrheinischen Verbandes Evangelischer Arbeitervereine statt. Nach dem Jahresbericht sind dem Verbande bis jetzt 29 Vereine mit 2625 Mitgliedern angeschlossen. Neugründungen von Ortsgruppen wurden vollzogen in Gersroth bei Idstein, Schwannheim, Müdelheim, Höchst i. O. und Fränkisch-Cranbach. An Stelle des ausgeschiedenen Verbandssekretärs Schmitt trat mit dem 1. März Herr Wilhelm (Höchst) in die Dienste des Verbandes. Für die Unterstützung des Sekretariats bewilligte der Ausschuss der Nassauischen Landesynode einen jährlichen Beitrag von 1200 M. Die Berichte des Verbandsrechners Hofmann über die Verbandskasse, Verbands-Sterbekasse und die Volksversicherung des Verbandes boten in allen Teilen ein Bild gesunder Fortentwicklung. Ein Antrag des Verbandsvorstandes auf Erhöhung des Beitrages von 55 auf 60 Pfg. pro Mitglied und Monat wurde abgelehnt, dagegen stimmte man der Erhöhung von 55 auf 56 Pfg. bei. — Einen breiten Rahmen nahm in den Verhandlungen die Besprechung über das Verbandsblatt, den „Deffisch-Nassauischen Volksboten“, ein. Dem Antrag Franziskus auf Aufhebung des Zwangsabonnements stimmte die Versammlung nicht zu, doch wurde auf Vorschlag des Vereins Darmstadt die Angelegenheit der Prekommission überwiesen, die der nächsten Tagung bestimmte Vorschläge machen soll. — Der Rechtsberathungsausschuss zu Gießen bewilligte man eine jährliche Unterstützung von 30 M. Ebenso gab man einem Wunsche der Ortsgruppe Gießen auf Erweiterung des Gesamtvorstandes durch Hinzuziehung eines Beirates Folge. In diesen wählte die Versammlung Vertreter der Vereine Darmstadt, Mainz und Gießen. Zum Vorsitzenden wurde Pfarrer Schmitt (Höchst) einstimmig wiedergewählt, ebenso wurde Höchst von neuem der Verbandsvorort. Auf Einladung des Vereins Wiesbaden wird das diesjährige Verbandsfest in Wiesbaden gefeiert, voraussichtlich am 5. Juli. — Mit einem Bericht des Jugendpflegers Kraß (Höchst) über Jugendpflege und der Bekanntgabe weiterer Verbandsangelegenheiten schloß die Delegiertenversammlung.

T. Weisenheim, 1. März. Die Stadt verurteilt die erste Entschädigung in der Lage der Rheingau-Elektrizitätswerke gegen die Stadt Weisenheim ist nunmehr gefallen. Es handelt sich dabei um eine Summe von rund 50 000 Mark, zu deren Zahlung die Stadt von den Werken verklagt worden ist. Nunmehr ist in der Feststellungsfrage vom Gericht das Urteil zugunsten der Werke gefällt worden. Den Rheingau-Elektrizitätswerken wurde in dem Urteil ein Anspruch auf Entschädigung zugesprochen. Dieses Urteil war nach der Lage der Dinge voranzuführen. Ueber die Höhe der Entschädigung muß eine weitere Gerichtsverhandlung entscheiden. Interessant ist die Tatsache, daß die Stadt Weisenheim, die sich anfänglich den Werken ablehnend gegenüber stellte und deren Einigungsanträge ablehnte, nunmehr mit einem weitgehenden Vorschlag den Werken größere Zugeständnisse macht. Dieser Vorschlag ist jedoch jetzt von den Werken abgelehnt worden.

Wambach, 2. März. Familienabend. Ein wohlgeleitener Unterhaltungsabend wurde gestern hier im „Schwalbacher Hof“ veranstaltet, der sich eines außergewöhnlich großen Besuches zu erfreuen hatte. Im Mittelpunkt desselben stand ein Vortrag des Oberrealschuldirektors Dr. Höfer aus Wiesbaden über seine Reise um die Erde und besonders durch die Vereinigten Staaten von Amerika. In äußerst spannender Erzählung führte der Redner in Wort und Bild den Zuhörern die Wunder dieses Landes vor und erntete für seine interessanten Darbietungen rauschenden Beifall. Auch die Gesangsbeiträge des Männergesangsvereins müssen lobend erwähnt werden. Im zweiten Teile des Abends wußte Dr. Höfer aus dem Gebiete der Mundartdichtung durch köstliche Proben echten Humors die Anwesenden in die größte Heiterkeit zu versetzen. Gemeinsame Lieder und Deklamationen rundeten die Vorträge ein. Gegen Mitternacht konnte der Ortspfarrer Höfer aus Schlangenbad, der Leiter des Familienabends, mit herzlichsten Worten des Dankes die wohlgeleitene Veranstaltung schließen.

B. Wallau, 2. März. Geflügelausstellung. Die gestern und heute im Saale des Gasthauses „Zum grünen Wald“ vom Geflügelzüchterverein Wallau und Umgebung abgehaltene fünfte Ortsausstellung war mit 125 Nummern besetzt und wurde bei dem glänzigen Wetter stark besucht. Die silberne Medaille erhielt Heinrich Bär in Delfenheim für Hühner, die Verbandsmedaille Heinrich Kleber in Delfenheim für Tauben, die Vereinsmedaille Heinrich Konrad Born in Wallau für Tauben. Ehrenpreise und erste Preise wurden zuerkannt: Hüh. Stieglitz in Wallau, Heinz Stieglitz in Wallau, Heinrich Wink in Bredenheim, Wih. Born 3. in Wallau, Heinrich Wink in Bredenheim, Konrad Born in Wallau, Heinrich Kleber in Bredenheim für Hühner, Heinz Kleber in Delfenheim für eine Sammelklasse von Hühnern; erste Preise erhielten Heinz Bacht in Nordenstadt, Heinz Schneider in Bredenheim, Ant. Noll in Nordenstadt, Konr. Born in Wallau, G. Dent in Nordenstadt, Heinz Bär in Delfenheim für Hühner; erste Preise für Sammelklassen erhielten Heinz Wink in Bredenheim, Karl Wiesenborn in Nordenstadt und Christ. Noll in Nordenstadt. Erste Preise für Enten erhielten: Heinz Kleber in Delfenheim, Alb. Söhle in Wallau, Ph. Krauer in Massenheim; für Tauben: Wih. Henz in Bredenheim, Heinz R. Born in Wallau, A. Demmer in Wallau, Heinz Hörner in Nordenstadt. Außerdem wurden ausgegeben 24 zweite und 36 dritte Preise sowie 20 lobende Anerkennungen; bei 125 Ausstellungsobjekten also 180 Preise.

Waldhagen, 1. März. Zur Voricht. Die hiesigen Landwirte hatten mit dem Dreschmaschinenbesitzer Pfl. G. aus W. schriftlichen Vertrag zum Dreschen. Als die Zeit zum Dreschen herannahte, kam ein Sohn der Witwe G. aus W. und erklärte, der Onkel komme nicht zum Dreschen. Er wolle zu demselben Preis dreschen, das Futter zu 3 M. Am 1. Nov. ließ die Witwe G. jedem die Rechnung zustellen und hatte 320 M. für das Futter berechnet. Durch Drohung mit Klage hat sie bis jetzt Erfolge gehabt. Ein Befehl hat es aber auf die 20 Pfg. fürs Futter zur Klage kommen lassen. Termin zur Urteilsverhandlung steht am 2. März an.

Neilsheim, 2. März. Hoffnungsvolle Bürschen. Der Einbruchdiebstahl im Konsumlager, über den wir vor einigen Tagen berichteten, ist nunmehr aufgeklärt. Die Diebe sind junge Bürschen im Alter von 15, 16 Jahren, die meist als Lehrlinge in Bindlingen beschäftigt sind. Vier von ihnen wurden durch den Gendarmerie-Wachmeister Hebbe festgenommen. Die Jungen sollen sich dadurch verdächtig gemacht haben, daß sie größere Porträte an Wein, Zucker, Seife u. dergl. sehen ließen. Da sie sich gegenseitig beschuldigen, so ist man bereits dahinter gekommen, daß der Konsumdiebstahl nicht die einzige schwarze Tat ist, die auf ihrem Konto steht. Sie sollen auch den Strohhansen angezündet haben, der neulich am Zeilsheimer Weg niederbrannte.

Unterlieberbach, 1. März. Ärztlicher Verein. Die Generalversammlung des Ärztlichen Vereins fand im „Nassauer Hof“ statt. Der Ärztliche Verein hat den Zweck,

seinen Mitgliedern auf billige Weise schnelle ärztliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Der Schriftführer W. Freund gab einen ausführlichen Rechenschaftsbericht. Der Verein zählt 257 Mitglieder, ausgetreten sind 35, neu eingetreten 30 Mitglieder. Unter den ausgetretenen Mitgliedern sind viele Postbeamten, welche eine eigene Unterstützungskasse gegründet haben. Die Einnahmen betragen 218 M., wovon die Ausgaben bestritten wurden sowie 150 M. dem Gutshausen zugewandt werden konnten, so daß das Sparfassen-Guthaben auf 1648 M. angewachsen ist. Dem Kassenarzt konnten fast 200 M. als Honorar ausbezahlt werden. Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Lehrer Rohrbach als erster Vorsitzender, Lehrer Reich als zweiter Vorsitzender, Lehrer Freund als Schriftführer und Herr Schneeweiß als Kassierer, die Herren Sachß, Schöneder, Schmidt und Hagen als Beisitzer.

Königsheim, 2. März. Betriebsunfall. Mit zirka zweistündiger Verpölung traf gestern nacht der um 12.15 Uhr hier fällige letzte Personenzug ein. Auf der Strecke Kellheim-Königsheim war ein Wasserrohrbruch, der der Maschine geplagt, wodurch sich das Wasser in die Feuerung ergoß. Es mußte aus der hiesigen Betriebswerkstätte eine Ersatzmaschine requiriert werden, um den Zug seinem Ziele zuführen zu können. Dieses beanspruchte jedoch geraume Zeit, da das Bedienungspersonal erst aus den Betten geholt werden mußte. Der infolge der Betriebsstörung entstandene Unwille der Passagiere war natürlich sehr groß.

Bad Homburg, 2. März. Der Kreisauschuss bewilligte in seiner heutigen Sitzung für eine weitere Förderung des Kleinwohnungswesens im Ober-Taunuskreis die Aufnahme eines zweiten Darlehens in Höhe von 100 000 Mark.

Nassau, 2. März. Das Allgemeine Ehrenzeichen erhielt Oberpostinspektor a. D. Piefer.

Hilgeri, 2. Febr. Haushaltungskursus. Zu einer imposanten vaterländischen Feyer gestaltete sich die am Freitag in Gegenwart der Frau Landrat Freifrau v. Marschall hier abgehaltene Schlußfeier des Haushaltungskursus vom Vaterländischen Frauenverein Hilgeri. Der festlich mit Tannengrün und vaterländischen Emblemen geschmückte Saal des Wirtes Gebhard wurde von nah und fern kaum fassen. Unter Führung der Kursusleiterin Frä. Schwaderlapp wurde die Ausstellung der Handarbeiten besichtigt. In einer kurzen Ansprache wies Herr Lehrer Klüber auf den Segen der Vaterländischen Frauenvereine hin, wobei er mit einem Hoch auf deren Protektorin, die Kaiserin, schloß. Hierauf gelangte eine patriotische Aufführung „Der Traum der Adwight Luise“ zur Darstellung, welches Stück große Begeisterung hervorrief. Herr Lehrer Klüber hatte die Einstudierung übernommen. Herr C. Gebhard waltete mit viel Geschick seines Amtes am Klavier. Nach Ueberreichung prachtvoller Blumenkörbe der Kursistinnen an Frau Landrat Freifrau v. Marschall und die Ortsvertreterin, Frau Lehrer Thielmann, dankte erstere allen, die sich um das Werk verdient gemacht hatten, und teilte den Mädchen die Zeugnisse aus. Einen glanzvollen Abschluß der Feyer bildete ein mit großem Beifall aufgenommenes Fahnenreigen, den ebenfalls Herr Lehrer Klüber einleitete hatte. Wohl selten hat Hilgeri eine so erhebende patriotische Feyer begangen.

Battenberg a. d. Eder, 1. März. Persönliches. Lehrer Hermann Schmidt von hier wurde mit dem 21. April d. J. an die Taubstummenanstalt in Camberg berufen.

Mainz, 2. März. Verschiedenes. Am Sonntag morgen um 6 Uhr beobachtete ein Metzger, daß in dem Schuhwarenladen Ecke Poststraße und Große Bleiche ein Einbrecher tätig war. Der Dieb verließ auch alsbald mit einem großen Paket Schuhwaren den Laden. Der Metzger rief sofort Schutzeleute herbei. Als der Einbrecher die Beamten sah, warf er das Paket zu Boden und ergriff die Flucht. Hinter ihm drein stießen die Schutzeleute und eine Anzahl Passanten. In dem Sadgäßchen der Pfandhausstraße verschwand der Einbrecher. Die Jagd nach dem Dieb erfolgte nun über die Dächer hinweg. Im Hofe des unteren Hauses in der Emmeranstraße war eine Leiter an die Mauer angelehnt, der Einbrecher mußte also hinüber nach der Hofengasse den Weg zur Flucht gewonnen haben. In der Blindenlehranstalt wurde das ganze Haus mit Hilfe der Sanitätsmannschaften abgesucht und der Einbrecher unter einer Bank versteckt aufgefunden. Nach einem kleinen Kampfe wurde der Dieb, der vollständig berauscht war, überwältigt und zur Polizeiwache gebracht. In dem Schuhwarenladen hatte er die Kasse aufgebrochen und 20 M. Kleingeld gestohlen. Er gab an, Hugo Haas zu heißen und von Mainz zu sein. Er führte einen neuen Gummihempel bei sich, auf dem die Buchstaben S. D. standen, außerdem war sein Hut mit den Buchstaben S. D. gezeichnet. Schließlich gab er an, aus Dortmund zu stammen; den Stempel mit dem falschen Namen habe er sich erst am Abend vorher in Frankfurt anfertigen lassen. In einem Arm ist er mit den Buchstaben S. D. tätowiert. Auf weitere Fragen um seinen richtigen Namen gab er keine Antwort mehr. Er wurde ins Untersuchungsgefängnis gebracht. — Weitere Einbrüche erfolgten am Samstag in einem Hause der Wallaustraße. Die Wohnung eines Regierungsassessors wurde mit einem Nachschlüssel geöffnet, der Schreibtisch mit einem Stemmstein erbrochen und daraus 50 M. gestohlen. Ferner stahl der Dieb ein türkisches Dolchmesser, einen Gummimantel und eine Wäsche, sowie ein kleines Handtuch mit Wäsche. — In der Dietrich v. Hensburgstraße wurde bei einem Privatmann eingebrochen und aus dem Vorplatz ein Ueberzieher gestohlen. Der Täter wurde gesehen, er wird als 30- bis 40-jähriger Mann geschildert, der schwarze Hose und dunklen Umhang, sowie einen schwarzen festen Hut getragen. — In Kastei hatte ein Werkmeister, der in der Wilt wohnt, als er in der Samstag Nacht heimkehrte, vergessen, seine Wohnung zu schließen. Ein Dieb benützte diese Gelegenheit, stahl dem Werkmeister seine goldene Uhr mit Kette, 100 M. in Gold und ein Portemonnaie mit 3 M.

Worms, 2. März. Feuerbrunst. Die Chemischen Fabriken und Apparatwerke wurden heute nacht durch eine große Feuerbrunst teilweise zerstört. Durch Explosion von Naphthalinssäuren wurden die Rettungsarbeiten sehr erschwert.

Gericht und Rechtsprechung.

Händelschächterräuber. Wiesbaden, 2. März. Am 6. Januar d. J. entriffen in der Sonnenbergerstraße der Tagelöhner C. und der Spengler Sch. in Wiesbaden einer aus dem Theater kommenden Dame die Händelsache, in der sich 65 Mark Bargeld, Opernglas und verschiedene andere Gegenstände befanden. Welche hatten sich wegen Diebstahls vor den Schöffen zu verantworten. Jeder wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein „Abilbar“. Wiesbaden, 2. März. Die 70. Strafe in Höhe von 4 Wochen Gefängnis verhängten heute die Wiesbadener Schöffen über den Sattler R. aus Pöfen,

der am 18. Februar d. J., als er zerfetzte „Trittschen“ anhatte, kurzerhand einen Schaufastens einschlug ein sich ein Paar Schuhe herausholte.

Verdiente Strafe. Wiesbaden, 2. März. Einem Tages im Dezember v. J. hatten der Backsteinmacher D. aus Merfelden und noch einige andere Personen einen Ausflug in den Wald gemacht, um Diefeln zu jagen. Als sie, auf dem Heimwege begriffen, in die Nähe des Dohheimer Bahnhofs kamen, begegneten ihnen zwei junge Leute, welche ein junges Mädchen zur Straßenbahn-Haltestelle begleiteten. Gleich traktierten sie die Zweie mit ungehörigen Redensarten, und als sie sich das verbat, schlugen sie mit Prügeln auf sie ein. Zum Schluß gelang es den Ueberfallenen, sich in die Diefelnische Wirtschaft zurückzuziehen, worauf D. und seine Begleiter ein förmliches Bombardement mit Backsteinen gegen das Haus richteten. Eine ganze Anzahl von Fensterscheiben wurden zertrümmert, ein Gast durch einen in das Lokal fliegenden Stein ziemlich erheblich an einem Auge verletzt, und der Festsabbat nahm erst ein Ende, als ein hartes Aufgebot von Polizeiergeanten mit blank gezogener Waffe vor den Leuten erschien. Sie wurden festgenommen, während aber die beiden anderen Teilhaber, zwei noch nicht voll strammündige Burischen, Franz und Wilhelm N., vor dem Jugendgericht zu 5 resp. 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurden, gelang es D. zu entkommen. Erst in letzter Zeit ist man seiner habhaft geworden. — Vor dem Schöffengericht wurde er zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

PC. Eine böse Stiefmutter. Die Schöffen in Höchst hatten die dort wohnhafte Ehefrau Katharine M. in zwei Wochen Gefängnis genommen, weil sie im vorigen Jahre verächtendlich ihren 12jährigen Stiefsohn Anton in grauamlicher Weise mit Stock, Knüttel, eisernem Schürhaken und dergl. mehrmals mißhandelt hatte. Die Strafkammer Wiesbaden verwarf seinerzeit die von der Angeklagten eingelegte Berufung, während ihre Revision beim Oberlandesgericht Frankfurt Erlaß hatte. Am Montag kam jedoch die Strafkammer Wiesbaden erneut zum gleichen Urteil wie früher.

Sport.

Der Ganturntag des Mittel-Taunus-Gaus fand am Sonntag in Erbenheim im Saalbau „Zum Löwen“ statt. 44 Vereine hatten 125 Abgeordnete entsandt. Aus den einzelnen Jahresberichten ist zu entnehmen, daß der Gau aus fast fortschreitender Grundlage weiter arbeitet und sich eines vermehrten Zuwachses zu erfreuen hat. Neu aufgenommen wurden der Turnverein Oberems und die Turngesellschaften Wallau und Niedernhausen, so daß der Gau 45 Vereine in 2 Städten und 41 Ortschaften zählt. Die Gesamtzahl aller über 14 Jahre alten Mitglieder beträgt 2922 (+249). An den Turnübungen nahmen 964 (+56) ausübend teil. In 3433 (+492) Turnzeiten beteiligten sich 50 365 (+6297) Turner an den Turnübungen. Damenreigen bestehen in Worsdorf, Nauord, Rambah, Eppstein (Zogl.) und Idstein (Zv.). Schülerturnen betreiben Bierstadt, Erbenheim, Eschenbahn, Glasbüttel, Heßlich, Zv. Idstein, Kloppenheim, Niederems, Nordenstadt Oberjosbach, Rambah, Waldsorf und Wiskems. Mädchenreigen finden wir in Idstein (Zv.) und Rambah. 3 Vereine besitzen eine Turnhalle und 7 einen Turnplatz. Die 3 Ganturnerstunden hatten einen durchschnittlichen Besuch von 83 Turnern zu verzeichnen. Die Ergänzungswahl des Ganturnwarts ergab die Wiederwahl des 1. Gauvertreters Lehrer H. Diebstah-Erbenheim und des 2. Ganturnwarts K. Körschner-Bierstadt. Turner Pöcker Zv. Eppstein wurde als Beisitzer gewählt. — An dem Kriegsspiel, das auf Anregung des Turnauschusses des 9. Kreises (Mittelrhein) am Sonntag, den 24. Mai d. J., zur Feyer des 88. Geburtstag des Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft, Dr. Göb, in dem Gelände zwischen Oppenheim-Mainz-Frankfurt-Darmstadt stattfindet, wird sich der Gau beteiligen. Im Jahre 1915 wird das 25-jährige Jubiläum des Gaus in Idstein gefeiert. Da dies in größerem Stille gesehen soll, wird die Gausfeier ausfallen. — Als Vertreter des Mittel-Taunus-Gaus auf dem nächstjährigen deutschen Turntag in Bremen, wurde Gauvertreter Lehrer Dienstadt-Erbenheim, und als Stellvertreter Ganturnwart Lehrer Fritsch-Bermbach gewählt. Zum Schluß kamen noch einige Wünsche und Anträge zur Erledigung, und um 5 Uhr konnte der Gauvertreter die Verhandlungen, welche um 1 Uhr begonnen hatten, mit einem „Gut Heil“ schließen.

h. Mittelheim, 1. März. Unter Beteiligung von 120 Delegierten aus 52 Turnvereinen des Turngaues Süd-Nassau wurde heute im Rauhmann'schen Saale der diesjährige Ganturntag abgehalten. Gauvertreter Lehrer Diebstah leitete die Versammlung und erstattete einen eingehenden Bericht über das abgelaufene Jahr, aus welchem reiche Entwicklung zu ersehen ist. In Mitgliedern zählt der Gau 4487. Angenommen hat der Gau um 45 Mitglieder. Der Gau besitzt 8 Turnhallen und 24 Turnplätze. An Sonderabteilungen bestehen 12 Männer-, 10 Frauen-, 8 Spiel-, 2 Schwimm- und 1 Freitriebe. Die Einnahmen betragen 2731 M., die Ausgaben 2701 M. Im Etat für 1914 sind 1650 M. in Einnahme und Ausgabe vorgesehen. Ganturnwart Oswald-Rüdesheim erstattete Bericht über das abgelaufene Turnjahr. Als Gausfeierort für 1915 wurde Rüdesheim bestimmt. Gemeldet hatten sich Winkel, Rastätten und Rüdesheim. Die vollständigen Uebungen bestehen aus Stabweit, Gewichtheben, Weithoch, Wettlauf und Ballwerfen.

Kramer schlägt Lappie. Auf der Pariser Winterbahn zeigte sich am Sonntag der amerikanische Reiterfahrer Frank Kramer in der neuen Rolle als Halbdauerfahrer, indem er ein Match hinter Tandemführung mit dem französischen Stragenschampion Lappie bestritt. Im ersten Lauf über 4 Km. einem Verfolgungsbrennen lagen die Gegner bis zum Schluß auf gleicher Höhe. In dem dann einsetzenden langen, scharfen Endspurt erwiderte Kramer, fiel in der vorletzten Runde von seiner Führungsmannschaft ab und blieb mit 150 Meter von Lappie gesichlagen. Die Zeit ist mit 4:26,8 eine außerordentlich gute. Damit erlitt Kramer seine erste diesjährige Niederlage in einem Match. Im zweiten und dritten Lauf über ebenfalls je 4 Km. blieben die Gegner wiederum bis zum Schluß beisammen. Dann aber gelang es beide Male Kramer, seinen Gegner nach 1:37 resp. 5:04 mit einer bzw. drei Längen zu schlagen.

Radrennen in Berlin. Als Auftakt zu dem 7. Berliner Sechstagerrennen veranstaltete die Velodrom-Gesellschaft am Sonntag mehrere Negerrennen. Im Großen Winterpark, einem Match zwischen Kütt, Kriol und van Bever, zeigte sich Kütt von seiner besten Seite, denn er gewann alle drei Ränge des Matches überlegen von der Spitze aus. — Die so große Schwierigkeiten bietende Frage der Zusammensetzung der Favoritenpaare für das Sechstagerrennen

Volle Körperformen u. frische Wangen werden durch regelmäßigen Genuß von **Rotin** — Roßhals-Schokolade — erzielt. Es schmeckt wie Schokolade. 5/15 In Apotheken u. Drogerien b. Pfd. à M. 1.60 zu haben. Jedes Paket enthält ärztliche Gutachten. Fabrikanten Roth u. Sohn, Meiningen.

Tagenennen ist nunmehr endgültig bestimmt gefest worden. Nachdem ein Zusammenstoß von Ritt mit Stol, Lorenz oder Saldow aus Gründen industrieller Natur nicht möglich war, wird Ritt nunmehr mit Stellbrink eine Mannschaft bilden. Da Stellbrink noch in allen seinen Sechstages-Rennen sich ausgezeichnet hielt, spricht man dem neuen Paare allererste Chancen zu. Mitts alter Partner Stol wurde mit dem Franzosen Miquel zusammengekauft, der ursprünglich als Partner für Stellbrink angesehen war. Lorenz-Saldow bleiben nunmehr zusammen, wie es von vornherein ihr Wunsch war.

Luffahrt.

Prinz Heinrichflug 1914.

1. März, 1. März. Bei einer heute hier von vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr unter dem Vorsitz des Generalleutnants Gade-Freiburg stattgefundenen Vertreterversammlung der Südwestgruppe des Deutschen Luftfahrerverbandes wurde die Mitteilung gemacht, daß zum Prinz-Heinrich-Flug 1914 heute am ersten Rennungs-tage bereits die Höchstzahl der Teilnehmer von den Zivilfliegern überschritten ist, indem 24 Rennungen von Flugzeugen in Privatbesitz abgegeben wurden. Für den Flug, zu dem Rennungsbeginn der 1. März und Rennungs-schluß der 15. März ist, werden höchstens 20 Offiziere und 20 Zivilflieger zugelassen. Verschiedene Firmen haben zwei oder drei Flugzeuge gemeldet.

Vermischtes.

Schreckensszene in einem Hamburger Aktus.

Samstag abend während der Vorstellung der Sarrafani-Schau in Hamburg wurde der Dompicior Karl Deutrich von einem Verberkewen plötzlich angegriffen und zu Boden geworfen. Durch das rasend gewordene Tier wurde ihm ein Bein vollkommen ausgerissen, und nur der übermenschlichen Kraftanstrengung und Energie des Dompicior ist es zu verdanken, daß er mit dem Leben davonkommen ist. Deutrich sprang, bevor die anderen Löwen sich an dem Ueberfall beteiligen konnten, trotz seiner furchtbaren Schmerzen sofort in die Höhe und schob seinen Redewort auf das wildgewordene Tier ab, dabei langsam zur Gasse zurückziehend. Der Verberke wurde in eine Klinik gebracht. Er dürfte in absehbarer Zeit kaum auftreten können, da die Verletzung sehr schwer ist.

Ein vergrabenes Goldlager nach 59 Jahren aufgefunden.

Die „Londoner Daily Mail“ weiß von einer romantischen Geschichte zu erzählen, die in Jettmore (Kansas) das Tagesgespräch bildet. Danach hätten dortige Farmer Goldföhrer gefunden, die einen Wert von mehreren 100 000 M. darstellen. Die angelegten Nachforschungen führten zu dem überraschenden Resultate, daß dieser Fund von einem Goldlager herrührt, das vor 59 Jahren von Goldgräbern verberkt wurde, die aus Colorado in ihre Heimat zurückkehren wollten, unterwegs aber bei Pawnee Rock von Indianern überfallen und bis auf einen Mann niedergemacht wurden. Es gelang ihm, sich trotz seiner schweren Verletzungen bis zu der nächsten Ansiedlung zu schleppen. Dort erzählte er von dem grausigen Massaker, dem seine Gefährten zum Opfer gefallen waren. Ehe er noch nähere Angaben über den Ort des vergrabenen Goldlagers machen konnte, starb er. Durch einen Zufall entdeckten vor einiger Zeit Farmer, die in die Gegend des damaligen Ueberfalls kamen, das Verberk. Bis jetzt sind für ca. 300 000 Mark Goldföhrer gefunden worden, man nimmt jedoch an, daß die Ausbeute noch weit reichhaltiger sein wird.

Sturm auf eine Kirche.

Zu der Meldung, daß in New-York Arbeits- und Obdachlose eine Kirche gestürmt haben, um einen Unterschnittsraum zu finden, teilt uns ein alter Abonnent aus seinen Erinnerungen folgendes mit: Anschließend an diese Meldung dürfte es Ihre Leser interessieren, daß es tatsächlich nichts Neues wäre, wenn in der Zeit äußerster Nothandes einmal eine Kirche ihre Pforten öffnete, um Obdachlosen der Straße und damit für Stunden dem Elend zu entziehen. Als vor einigen Jahren in Budapest wiederholt großer Nothstand eintrat, entschloß sich der Prediger der Besselen-Kapelle, Weyer, ein Reichsdeutscher, die Pforten seines Gotteshauses den Obdachlosen zu öffnen und gestattete ihnen auf den Kirchenbänken zu schlafen. Gemeindeglieder stellten sogar Betten und Kissen zu diesem Zweck zur Verfügung. Allerdings wurden die Obdachlosen nur nach genauer Prüfung der Ausweis-papiere aufgenommen. Als nach einiger Zeit die Polizeibehörde diese Art sozialer Tätigkeit für unzulässig erklärte, weil die Kirche als Schlafraum nicht hauptsächlich abgenommen sei und abgenommen werden könne, fand diese Art der Beherbergung ein Ende. Allein der menschenfreundliche Prediger wußte sich zu helfen und richtete nun im Bodenraum der Kirche mehrere Mansarden zur Aufnahme der Obdachlosen ein, die dann als Schlafstätten genehmigt wurden und lebhaften Zuspruch fanden. Der Prediger, welcher jetzt pensioniert ist und in Frankfurt a. M. lebt, vertrat offen den Standpunkt, daß die Kirche in solchen Nothfällen auch außergewöhnliches zu leisten habe und, ebenso wie in Kriegszeiten die Kirchenräume zu Lazarettzwecken dienen, so auch hier zur Beherbergung dienen könnten, gemäß dem Bibelwort: „Die so in Elend sind, führe in dein Haus“. Er fand dabei die volle Anerkennung und Zustimmung von Seiten seiner Gemeinde.

Die Zerfahrten eines Hosen
werden aus Ferrara erzählt, und sie sind in der Tat wunderlich genug. Wenn Meister Lampe während der Zeit des Jagdschlusses geschossen wird, so kann es sich nicht darüber wundern, wenn er nach dem Tode noch ungewöhnliches erlebt. Liegt oder hängt also ein Hase in einem Wildbreitgeschloß Ferrara. Die Stadtpolizei sieht diese verbotene Jagdbeute, beschlagnahmt sie, und auf gerichtlichem Wege wird der Hase schleunigst versteigert, weil man ihn doch nicht aufbewahren kann, bis die Jagdzeit wieder beginnt. Ein Händler, der in einem andern Stadtheil wohnt, kauft den Braten und hängt ihn von neuem zum Verkauf aus. Andere Stadtpolizisten, die eben so gut aufpassen, beschlagnahmen nach Paragraph soundsoviel das während der Schonzeit geschossene Wild, und zum zweiten Male sieht sich Meister Lampe zu meistbietendem Verkauf öffentlich ausgehellt. Wenn das so weiter geht, wird der Hase, bis er auf den Tisch kommt, ohne Zweifel den Grad von Dantout reichlich erlangt haben, den der Feinschmecker am Wild liebt; er wird aber auch sehr viel Geld gekostet haben, was übrigens bei einem Federbissen außerhalb der Saison durchaus berechtigt ist.

Kurze Nachrichten.

Unwetter in Amerika. Wie aus New-York gemeldet wird, ist Sonntag abend ein neuer furchtbarer Blitzard über New-York und Umgebung niedergegangen. Sämtliche telephonischen und telegraphischen Verbindungen sind unterbrochen. Der Schaden soll sehr bedeutend sein. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Postmarkenfälschung in Serbien. Die serbische Postdirektion ist, wie aus Belgrad gemeldet wird, einer großen Briefmarkenfälschung auf die Spur gekommen und hat sämtliche im Verkehr befindlichen Postbriefmarken eingezogen und durch neue ersetzt.

Auskunftsstelle für Reise und Verkehr.

H. S. Von den beiden Plänen ist der erstere der entschieden interessanter, der zweite der billigere. Die in Betracht kommenden Bahn- und Schiffspreise sind ungefähr folgende: Venedig-Antioch-Bari 35 Lire (ohne Beköstigung); Bari-Napoli über Barletta-Foggia-Caserta (324 Kilometer) 28 Lire; Napoli-Roma (240 Kilometer) 22.50 L.; Roma-Livorno 24 L.; Livorno-Genova, Wasserweg, Preise sehr verschieden, je nach Schiffsgattung. Sie können aber immer mindestens 18-20 Lire rechnen. — Die Ueberfahrt Livorno-Bastia beträgt ungefähr 12-15 Lire; die Verbindungen bis Cagliari auf Sardinien sind von Bastia bis Portoferraio per Schiff, dann auf der Bahn. Preis der letzteren Strecke 25.20 Lire. Die Schiffspreise sind wieder sehr verschieden; Sie werden an Ort und Stelle näheres erfahren, ebenso die Abfahrtszeiten, die aber planmäßig selten innegehalten werden. Hotelempfehlungen geben wir grundsätzlich nicht. Schiffsfahrpreis Venedig-Triest 2. Kabine 10 Lire; Benutzung eines Bettes und Verpflegung sind besonders zu zahlen.

Letzte Drahtnachrichten.

Entlassungsgesuch des General-Musikdirektors v. Schilling?
Der Generalmusikdirektor Max v. Schilling in Stuttgart soll, wie von gut unterrichteter Stelle dem „B. L.“ mitgeteilt wird, beim König um seine Entlassung gebeten haben. Die Wahrheit dieser Nachricht ist im Augenblick nicht festzustellen.

Erlaß gegen Soldatenmißhandlungen.

Der bayerische Kriegsminister hat einen Erlaß an die militärischen Behörden gerichtet, worin das strengste Einschreiten gegen alle Fälle von Soldatenmißhandlungen oder unvorschriftsmäßige Behandlung gefordert wird. Der Kriegsminister erklärt, daß er mit unnahehüllender Strenge gegen jeden Offizier einschreiten werde, welchen durch nachlässige Behandlung der Dienstvorschriften eine Mitschuld an einer unwürdigen Behandlung von Mannschaften trifft.

15 Soldaten im Schnee verunglückt.

Aus Venedig meldet der Draht: Eine Kompagnie des 7. italienischen Alpenjäger-Regiments geriet während einer Uebung unter einen Schneesturz. Ein Unteroffizier und 15 Soldaten wurden schwer verberkt.

Ein Kohlenfeld entdeckt.

Aus Petersburg meldet der Draht: In der Nähe des kaspischen Meeres wurde ein ergiebiges Steinkohlenlager entdeckt, dessen Umfang sich auf 124 Quadratkilometer erstreckt. Die günstige Lage des Kohlenlagers in der Nähe der Wolga und die gute Qualität der Kohle läßt eine gute Ausbeutung erwarten.

Griechische Freischaren im albanischen Epirus.

Der Draht meldet aus Rom: Der „Corriere di Bari“ meldet aus Balona, daß die griechischen Freischaren die Zahl von 18 000 erreicht haben und in drei Kolonnen geteilt rapid vormarschieren, um den ganzen albanischen Epirus einzukreisen und zu okkupieren. Die mit der Abwehr des Ueberfalls betrauten albanischen Streitkräfte sind numerisch viel geringer. Zwei Divisionen der Epirusmannschaft sollen bereits bis zur Mündung des Schumbi-Flusses vorgezogen sein.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Weinzeitung.

o. Braubach, 1. März. Heute nachmittag fand hier im Rathhause eine gutbesuchte Winzer-versammlung der weinbautreibenden Gemeinden des diesseitigen Kreises statt. Herr Landrat Geh. Regierungsrat Berg-St. Goarshausen begrüßte die Erschienenen. Dann hielt Gartenmeister Niezmann-St. Goarshausen einen belehrenden sachlichen Vortrag über „Die Bekämpfung der Reb-schädlinge“, der allgemeinen Beifall fand. Sodann ergriff der Vertreter der Domonial-Weinbau- und Kellerdirektion, Herr Geh. Regierungsrat Gach aus Wiesbaden das Wort und führte besonders aus der Praxis Beispiele vor Augen, welche Erfolge die gemeinschaftlichen Bekämpfungsarbeiten gezeitigt. Lebhafter Beifall sollte man diesen Ausführungen. Herr Geheimrat Berg dankte beiden Rednern und empfahl den Winzern die Drang-saktion, denn nur dadurch könne erreicht werden, daß die Bekämpfung der Reb-schädlinge eine wirksame werde. — In gleichem Sinne sprach Herr Bürgermeister Roth von hier. Hieran schloß sich eine lebhaftere Diskussion, in der hauptsächlich die Drosel und Amsel als noch viel größerer Schädling des Winzers bezeichnet und gebeten wurde, an maßgebender Stelle dahin zu wirken, daß diese Vogelart nicht unter dem Schutz des Vogelschutzgesetzes stehe. — Herr Geheimrat Berg gab bekannt, daß nach dieser Richtung hin bereits Schritte getan seien und man hoffe, daß Abhilfe geschehe.

Marktberichte.

T. Kreuznach, 1. März. Zu dem hier abgehaltenen Schweinemarkt waren etwa 300 Tiere angetrieben. Die Nachfrage war zwar reg, doch war das Geschäft ansfangs flau. Erst als die Preise für Schlachtvieh weiter zurückgegangen waren, entwickelte sich ein lebhafterer Geschäftsverkehr, jedoch zum Schluß fast sämtliche Tiere abgesetzt waren. Bezahlt wurden für das Paar Käufer 76 bis 120 M., sechs bis acht Wochen alte Ferkel 36-44 M. und 10 bis 12 Wochen alte 73-82 M. Fette Schweine kosteten im Bentner Schlachtgewicht 64-66 und fleischige 60-62 M.

Telegraphische Kursberichte.

Berlin, 2. März. Die neue Börsewoche eröffnete infolge der Verkeimung des Geldmarktes bei sehr stillem Geschäft der behaupteter Haltung. Auch Realisationsneigung machte sich geltend. Die milchliche Fruchtensage drückte auf Schiffahrtswerte. Montanwerte zeigten mit Phönix an der Spitze eine rückläufige Bewegung; für Bohumer bestand etwas Nachfrage. Späterhin trat, veranlaßt durch Abgaben eines größeren Maffers, in mehreren leitenden Spekulationspapieren eine einseitige Abschwächung hervor. Im nachbörstlichen Verkehr notierte Kommanditanleihe sehr fest, wogegen die inländischen Anleihen wieder bis zu 20 Proz. nachgaben. Der Privatdiskont notierte unverändert 3/4 Proz.

Berlin, 3. März, 3 Uhr nachm. Nachbörse. Kreditaktien --. Handelsbank 16 1/2%. Deutsche Bank 25 1/2%. Diskont-Kommandit 198. --. Dresdener Bank 158 1/2%. Staatsbahn --. Canada 214%. Bohumer 226%. Laurahütte 161%. Gelsenkirchen 195%. Sarpener 188 1/2%.

Frankfurt, 3. März. Effekten-Societät. Kreditaktien 207. --. Staatsbahn 156%. Lombarden 22 1/2%. Diskont-Kommandit --. Gelsenkirchen 195%. Laurahütte --. Ungarn --. Italiener --. Türkenlose --.

abgeschwächt.

Paris.	St. Kurs.	St. Kurs.
3proz. Rente	87.40	88.12
3proz. Italiener	96.80	96.90
4proz. Russen kon. I u II	91.50	91.30
4proz. Spanier	90.50	90.60
4proz. Türken (unif.)	86.70	86.70
Türkische Lose	202.50	203. --
Metrovostain	545. --	546. --
Banque Ottomane	647. --	644. --
Rio Tinto	1779. --	1771. --
Chortereb	26. --	25. --
Debeers	478. --	472. --
Caistrab	53. --	51. --
Goldfisch	60. --	60. --
Randmines	149. --	148. --

Druck und Verlag: Wiesbadener Verlagsanstalt G. m. b. H. (Direktion: Seb. Niedner) in Wiesbaden. Chefredakteur: Bernhard Grothus. — Verantwortlich für Politik: Bernhard Grothus; für Feuilleton und Volkswirtschaftlichen Teil: H. E. Eisenberger; für den übrigen redaktionellen Teil: Carl Diebel; für den Anzeigenteil: Paul Lause. Sämtlich in Wiesbaden.

Die rühmlichst bekannte **Mayonnaise** von **TÜRK & PABST** ist jetzt in neuem Originalglas mit sauberem Glasdeckel zu haben. **Appetitlich, praktisch!**



Die beste Frühjahrs-Kur ist der tägli he Genuss d. echt. **Dr. Axelrod's Joghurt.** Nur in vorstehender Originalflasche erhältlich. Aertzlich empfohlen! Bahn- und Postversand.

Gv. Familien-Album, Oberlahnstein a. Rh. für Schüler des Gymnasiums und Realgymnasiums. Vorzügliche Empfehl. Langj. Erfahr. (10) Prosp. durch Rektor **Pflugschäfer**.

Erste Deutsche **Feuer- und Einbruchdiebstahl-Vers.-Gesellschaft** hat ihre **Agentur für Wiesbaden zu vergeben.**

Reflektiert wird auf eine Person, die gute Beziehungen unterhält und auch in der Lage ist, das bestehende Geschäft in Wiesbaden durch Zuführung neuer Versicherungen zu vergrößern. Die Vertretung eignet sich auch für Privatleute und pensionierte Beamte. Solche Herren, die bereits mit Erfolg andere ähnliche Institute vertreten haben, erhalten den Vorzug. Offerten unt. N. 1818 an **Basenlein u. Posler H.-G., Frankfurt/Main.**

Bist schlechter Kost du überdrüssig, Verbessere sie mit „**Liebig flüssig**“!

Liebig flüssig

ist flüssiger, gewürzter Fleisch-Extrakt einfachster Anwendungsweise

Plakate in jeder Ausführung liefert schnell und preiswürdig **Wiesbadener Verlags-Anstalt**, Rifolstr. 11., Mauritiusstr. 12.

Cölnner Hochschule für kommunale u. soziale Verwaltung.

Das Vorlesungsverzeichnis für das Sommer-Semester 1914 ist erschienen und durch das Sekretariat der Hochschule zu beziehen...

Königliche Schauspiele. Dienstag, 3. März, abends 7 Uhr: M. Vorlesung. Abonnement D. Gutes und kein Aina.

Kurhaus Wiesbaden. Dienstag, 3. März, abends 7 Uhr: M. Vorlesung. Abonnement D. Gutes und kein Aina.

Lotterie. Ziehung 6. u. 7. März 1914. Rote + Lotterie. Hauptgewinne im Werte von Mark: 120000, 50000, 20000, 10000.

Residenz-Theater. Dienstag, 3. März, abends 7 Uhr: Der untreue Edehans.

Stadttheater Mainz. Freitag, den 6. März: Deutsche Ur-Aufführung Zigeuner.

Lästige Haare an Händen und Armen, Damenbart entfernt leicht und schmerzlos in einigen Minuten...

Kurtheater. Dienstag, 3. März, abends 8 Uhr: Schpiel Franz Isidore Rühr.

Waldjagd abzugeben. Nähe Limburg, 1000 Morg., Nacht M. 600.—, läuft noch 5 Jahre...

Stoppage Parisien. Pariser Kunststoperei und -Weberei. Elektr. Maschinen-Stoperei.

Apollo-Theater. Sonntag, 8. März, abends 7 Uhr: Die Schwestern.

Stütze. 20 Jahre alt, evangetisch, die mit allen vorzukommenden Hausarbeiten vertraut...

Pension Villa Humboldt, Frankfurt Straße 22. Schöne Lage, Gart., Bad., Electr. Licht.

Auswärtige Theater. Stadttheater Mainz. Dienstag, 3. März, abends 7 Uhr: Die Schwestern.

The Berlitz School of Languages. Sprachschule für Erwachsene. Moderne Sprachen schnell und billig.

Koll v. St. Wendel-Plakate. SZ. 21519, verschiedentlich mit 2. und 3. Ehrenpreisen prämiert.

Gesucht. besonderer Verhältnisse halber für sofort solides, zuverlässiges und ehrliches Alleinmädchen.

Kommandieren. Reden und Singen bedingt gesunde Stimmorgane. Schützen Sie sich durch Ubertabletten!

Wiesbadener Verlags-Anstalt. Plakate mit anderen Texten werden jederzeit sofort und bei billigster Berechnung angefertigt.

Rentner Carl Hesmer im Alter von 68 Jahren sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch den 4. März, nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle des alten Friedhofes in Wiesbaden, nach dem Nordfriedhofe statt.

Einzel. Möbelfstücke sowie kompl. Zimmer- und Wohnungs-Einrichtungen, modern oder unmodern...

MAGEN-, DARM- u. ZUCKERKRANKEN. Versand v. Aneurin-Brötchen, Zucker, etc.

Frau R. Stummer, Neugasse 19, 2. kein Laden, abt die allerhöchst. Preise für anteh. Herren-, Damen- u. Kinderkleid.

Dr. Kockerbeck Spezialarzt f. gichtisch-rheumatische Erkrankungen praktiziert vom 3. März ab Luisenstrasse 24.

Gelegenheits-Plakate nach untenstehendem Verzeichnis sind in der Filiale Mauritiustr. 12 jederzeit zu haben.

Ämtliche Anzeigen. Bekanntmachung betreffend die Abrechnung der Maße und Gewichte.

Wohnung zu vermieten, Möbl. Zimmer zu vermieten, Zimmer frei, Laden zu vermieten, Büro zu vermieten, Lagerraum zu vermieten, Werkstatt zu vermieten, Villa zu verkaufen, Heute Metzelsuppe.

Konkursverfahren. Ueber den Nachlaß des verstorbenen Weinbändlers Heinrich Gehl in Firma W. Budinac Nachfolger in Wiesbaden...

Wiesbadener Verlags-Anstalt. Plakate mit anderen Texten werden jederzeit sofort und bei billigster Berechnung angefertigt.

Konkursverfahren. Ueber den Nachlaß des verstorbenen Weinbändlers Heinrich Gehl in Firma W. Budinac Nachfolger in Wiesbaden...